

Populismus

Benjamin Görgen, Max Keck, Tino Minas,
Inken Rommel, Sebastian Stockmann

IfS Working Papers. ISSN: 2194-265X

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Soziologie
Scharnhorststraße 121
48151 Münster

IfS Working Papers: www.uni-muenster.de/Soziologie/forschung/workingpapers.shtml

Institutsseite: www.uni-muenster.de/Soziologie

Die Herausgeberschaft der Reihe liegt beim Institut für Soziologie.

Die Beiträge werden unter alleiniger Verantwortung der jeweiligen Autor*innen veröffentlicht.

Inhalt

Vorwort	4
Benjamin Görgen	
Populismus	6
Konzeptionelle Überlegungen zu einem umstrittenen Begriff	
Tino Minas	
Wo liegt der „(neue)“ Populismus?	15
Überlegungen vor dem Hintergrund des methodischen Vorschlags einer Hinwendung zur intersubjektiven Sprach- und Handlungspraxis	
Sebastian Stockmann	
Populismus und Sexismus	25
Inken Rommel	
Die „bürgerliche Mitte“ als Resonanzraum für den Populismus der Neuen Rechten	34
Max Keck	
Wer wählt die AfD?	46
Experimente mit einer quasi-qualitativen Analyse quantitativer Mikrodaten des Sozioökonomischen Panels (SOEP)	

Vorwort

Im Rahmen des am 30.06.2017 im Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität stattgefundenen Thementages der GRASS (Graduate School of Sociology) mit dem Titel „Gefahren des Populismus oder Populismus der Gefahren? – Soziologische Perspektiven“, ging es darum, das Schlagwort des Populismus, das massenmedial, aber auch im Kontext universitärer Forschung in den letzten Jahren einen hohen Stellenwert inne hatte, aus soziologischer Perspektive zu bearbeiten und zu kommentieren. Der Bezug zu der Frage nach den Möglichkeiten verschiedener soziologischer Zugänge war für alle Vortragenden entscheidend. Ein Schwerpunkt lag hier klar bei der Rolle der Soziologie als kritischer Beobachter eines Diskurses des Populismus (wie er beispielsweise in den Massenmedien geführt wird) mit dem Anspruch, diesen zu differenzieren und in seiner ganzen Vielfalt zu betrachten.

Dies soll natürlich nicht (nur) im Sinne einer „reinen Soziologie“, wie sie etwa in der Traditionslinie von René König zu verstehen ist, geschehen, gerade weil einige Projekte soziologische Fragestellungen im Sinne einer interdisziplinären Perspektive behandeln. Die Heterogenität der Beiträge der Mitglieder der Graduiertenschule bilden dann auch den Zustand einer Soziologie als segmentierter Disziplin ab, die sich hier auf der Ebene der Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses zeigt.

Im Rahmen der selbstorganisierten Redaktion und kollegialer Redigierung der Beiträge eröffneten sich infolge dessen auch Räume für Debatten entlang dieser Segmentierungen. In diesem Zusammenhang wurden die Beiträge der in diesem Band zu Wort kommenden Beteiligten auch auf

Grundlage einer Auseinandersetzung mit Wissen aus verschiedenen in der Graduiertenschule anzutreffenden Positionen verfasst, was für die in den Beiträgen bearbeiteten Fragestellungen ein besonderer Gewinn war.

In seinem einleitenden Beitrag diskutiert Benjamin Görden unterschiedliche Begriffe und Konzepte des Populismus und eröffnet auf diese Weise das komplexe und vielfältige Feld. Dabei plädiert er im Anschluss an Paula Diehl für eine mehrdimensionale Konzeption von Populismus, die eine graduelle Verortung populistischer Akteure, Bewegungen und Praktiken hinsichtlich ihrer ideologischen, kommunikativen und organisationalen Eigenschaften ermöglicht.

Tino Minas geht in seinem Beitrag die Frage an, wo überhaupt der „neue“ Populismus liegen könnte, wobei insbesondere die intersubjektive Sprach- und Handlungspraxis eine besondere Rolle spielen soll. Ausgehend von verschiedenen Zugängen, wobei gerade die Frage der gesellschaftstheoretischen Bedeutsamkeit eine Rolle spielt, zeichnet sich ab, dass das Phänomen eines „neuen“ Populismus letztlich nicht ohne einen belastbaren Begriff von Asymmetrie (zwischen verschiedenen am Handeln beteiligten Horizonten) deutbar ist.

Sebastian Stockmann behandelt eher essayistisch das Phänomen des Populismus als Handlungsinstrument. Dieses wird besonders bei gesellschaftlich aufgeladenen Themen wie Sexismus wirksam, um gewisse Stimmungsbilder zu konstruieren. Anhand unterschiedlicher Beispiele veranschaulicht er, inwieweit sich dabei soziale (Massen-) Medien und populistische Akteure im Bestreben

nach Aufmerksamkeit und Reichweite gegenseitig beeinflussen.

Inken Rommel stellt die Frage, warum der Populismus der neuen Rechten auch in einer sogenannten „bürgerlichen Mitte“ auf fruchtbaren Boden trifft. Dabei stellt sie fest, dass insbesondere der (reale oder drohende) Statusverlust, sowie Identifikationsprobleme in einer globalisierten und pluralisierten Welt von Teilen der bürgerlichen Mitte nicht bewältigt werden können: Rechtspopulistische Argumentationsweisen verschleiern in diesem Zusammenhang die sozialen und ökonomischen Verhältnisse die zu Ungleichheiten in Nationalstaaten führen und reduzieren diese auf das Thema Migration und vermeintliche kulturelle Differenzen.

Max Keck interessiert sich aus der Perspektive einer mit quantitativen Daten operierenden Sozialforschung für die methodische Fragen im Kontext einer Analyse der Wählendenstruktur der sogenannten „Alternative für Deutschland“. Dabei werden hier die feinen Unterschiede in der Population der Wählenden wichtig, die sich weniger durch eher grobkörnige Gruppenkonstruktionen und vorgelagerte a-priori konstruierte Hypothesen und eher durch eine Anwendung der „Arbeitsweise“ qualitativer Sozialforschung auf die quantitativen Mikrodaten des Sozioökonomischen Panels erschließen.

Benjamin Görgen, Max Keck, Tino Minas,
Inken Rommel und Sebastian Stockmann

Populismus

Konzeptionelle Überlegungen zu einem umstrittenen Begriff

Benjamin Görgen

Populistische (insbesondere rechtspopulistische) Parteien und Bewegungen erfahren in den letzten Jahren und Jahrzehnten in fast allen Ländern Europas starken Zulauf (Hucke et al. 2012). Ob im Zentrum Europas oder in der Peripherie, überall scheinen rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch zu sein (Bischoff et al. 2015: 16). Nicht zuletzt dadurch ist Populismus in den letzten Jahren zu einem zentralen Begriff des politischen Diskurses geworden. Schon 2004 sprach der einflussreiche Politikwissenschaftler Cas Mudde gar von einem populistischen „Zeitgeist“ (Mudde 2004) der Gegenwart.

Auch wenn Populismus in den letzten Jahren immer stärker an Bedeutung gewinnt, ist das Phänomen mitnichten so neu, wie mitunter suggeriert wird. Bereits im späten 19. Jahrhundert entstand in den USA mit der People’s Party, auch Populist Party genannt, eine Bewegung von Farmer*innen, die sich gegen die Folgen der Industrialisierung wendete und die als Namensgeberin des Populismus gilt (Mudde 2004: 548; Schuparis 2012: 13). Im Laufe des 20. Jahrhunderts verbreitete sich der Begriff allmählich und fand mit der Zeit auch für Bewegungen in Russland, Süd- und Mittelamerika, Kanada und Europa, später auch in Afrika Anwendung. Durch die starke Verbreitung und die Heterogenität der Bewegungen, für deren Beschreibung er genutzt wurde, verlor der Begriff in der Folge immer stärker an Kontur und wurde oftmals nur zur Beschreibung eines opportunistischen Politikstils verwendet (Lucardie 2011: 17 f.).

Dieses Verständnis von Populismus ist auch heute noch verbreitet und wird vor allem von Journalist*innen und Politiker*innen genutzt – mitunter, um den politischen Gegner zu diskreditieren. Zugleich existieren im öffentlichen Diskurs aber auch positive Bezugnahmen, wenn etwa dem Populismus zugeschrieben wird, die „Probleme des kleinen Mannes“ besser zu verstehen (Schuparis 2012: 13). In aktuellen Debatten ist der Begriff darüber hinaus stark mit rechten bzw. rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen verbunden. Insgesamt bleibt er jedoch oftmals unscharf, was immer wieder Missverständnisse provoziert.

Betrachtet man den sozialwissenschaftlichen Diskurs über Populismus, eröffnet sich die ganze Komplexität des Phänomens. Hier existiert eine Vielfalt an Konzepten und Begriffsverständnissen, die unterschiedliche Facetten des Populismus hervorheben. Während einige Autor*innen vor allem auf inhaltliche Dimension beziehen und Populismus als „dünne Ideologie“ (Mudde 2004: 544) thematisieren, betonen andere stärker stilistische Facetten, wie das Auftreten oder die Sprache von populistischen Politiker*innen. Zugleich finden sich jedoch auch viele (empirische) Publikationen, die Populismus thematisieren, ohne sich tiefgehend mit dem Begriff und seinen verschiedenen Bedeutungsgehalten auseinanderzusetzen.

Dieser Beitrag soll einerseits dazu beitragen, verschiedene Begriffsdefinitionen von Populismus zu strukturieren, sich auf diese Weise einem differenzierteren Verständnis des Phänomens anzunähern

und zugleich für die wissenschaftliche Relevanz von klaren Definitionen und Begriffsarbeit zu sensibilisieren. Dabei werden die unterschiedlichen Ansätze vor allem dahingehend analysiert, welche Facetten und Ebenen des Populismus sie in den Blick nehmen und welche Trägergruppen sie fokussieren. Zum Abschluss werden die Ansätze in einem Fazit kritisch diskutiert und einige zentrale Leerstellen aus soziologischer Perspektive aufgezeigt.

Populismuskonzepte im Vergleich

In wissenschaftlichen Debatten zum Populismus kommen vor allem drei Definitionen eine zentrale Rolle zu (Priester 2011: 190 ff.): Populismus als dünne Ideologie, Populismus als Diskurspraxis und Populismus als politische Strategie. Diese Ansätze werden in der Folge kurz vorgestellt. Ergänzt werden sie durch einen aktuellen Ansatz von Benjamin Moffitt (2016), der Populismus als politischen Stil konzipiert.

Populismus als „dünne Ideologie“

Eine der prominentesten Konzeptionen von Populismus als dünne Ideologie geht maßgeblich auf den Politikwissenschaftler Cas Mudde (2004) zurück. Mudde zufolge sind in der öffentlichen Debatte vor allem zwei Verständnisse von Populismus verbreitet. Das eine verweist auf die emotionale und simplifizierende Politik des „Stammtischs“ (Demagogie), die zweite auf einen opportunistischen Politikstil, der darauf abzielt, die Stimmen von Wähler*innen bzw. Wähler*innengruppen durch Wahlgeschenke zu „kaufen“ (Opportunismus) (ebd.: 542). In Abgrenzung dazu definiert Mudde Populismus

„as an ideology that considers society to be ultimately separated into homogeneous and antagonistic groups, , the pure people‘ versus ,the corrupt

elite‘, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people. Populism, so defined, has two opposites: elitism and pluralism.“ (ebd.: 543)

Der Populismus zeichnet sich somit durch die normative Gegenüberstellung von „Elite“ und „Volk“ sowie eine Orientierung an einem fiktiven allgemeinen Willen bzw. dem gesunden Menschenverstand als Basis alles Guten in der Politik aus (ebd.: 547). Er ist eine dünne Ideologie, da er sich nicht durch die gleiche Tiefe und Konsistenz auszeichnet, wie andere Ideologien, wie etwa der Sozialismus oder der Liberalismus. Das bedeutet, dass er nur über einen begrenzten Kern verfügt, der mit einigen wenigen politischen Konzepten verbunden ist (ebd.: 544). Dies führt dazu, dass er leicht mit anderen Ideologien kombiniert werden kann, was die Vielfalt der populistischen Bewegungen erklärt (ebd.: 544). Der ideologische Kern des Populismus ist das Volk, jedoch nicht als reales Phänomen, sondern vielmehr als imaginierte Gemeinschaft, als „mythical and constructed subset of the whole population“ (ebd.: 546).

Die Definition von Populismus als dünne Ideologie richtet sich somit vor allem auf inhaltliche Aspekte des Populismus, wie die antagonistische Beziehung zwischen Volk und Elite. Ein Vorteil der Definition liegt darin, dass der Populismus einem solchen Verständnis folgend klar von anderen Phänomenen, wie Opportunismus oder Demagogie, getrennt werden kann. Durch den Fokus auf den ideologischen Kern, die Gegenüberstellung von Volk und Elite ist es durch den Ansatz möglich unterschiedliche Phänomene und Bewegungen, sowohl linkspopulistische als auch rechtspopulistische zu erfassen (Schuparis 2012: 24). Hinsichtlich der Träger*innengruppen des Populismus betrachtet Mudde nicht nur die Angebotsseite des Phänomens (also populistischen Politiker*innen), sondern beschäftigt sich auch mit den Nachfragenden: den populistisch bewegten Bürger*innen

(ebd.: 24). Populistische Bewegungen zeichnen sich Mudde zufolge durch Reaktivität aus. Im Gegensatz zu anderen protestaffinen Gruppen, wie etwa die liberalen und postmaterialistischen Trägergruppen der Neuen Sozialen Bewegungen (Brand et al. 1986), müssen sie erst durch einen populistischen Akteur aktiviert werden, anstatt selber die Initiative zu ergreifen (Mudde 2004: 548). Was der Ansatz durch seinen Fokus auf den Inhalt vernachlässigt, ist die performative Dimension des Populismus, also seine Herstellung und die damit verbundenen stilistischen Aspekte.

Populismus als Diskurspraxis

Eine zweite im wissenschaftlichen Diskurs verbreitete Position definiert Populismus als politische Diskurspraxis. Populismus wird dabei konzipiert als „eine Form der Konstruktion des Politischen, die auf der Anrufung der Subalternen gegen die Machthaber beruht“ (Laclau 2017: 234). In Abgrenzung zu anderen Definitionen wird Populismus hier nicht in erster Linie kritisch gesehen. Vielmehr kann er eine wichtige Leistung für die Demokratie erbringen, indem unterdrückte Interessen und Ansprüche artikuliert werden können (Rovira Kaltwasser 2011: 5). Dabei wird der Fokus der Analyse deutlich verschoben. Anstatt sich auf spezifische Merkmale bestehender populistischer Ideologien bzw. Akteure, Parteien oder Bewegungen zu konzentrieren, thematisiert Ernesto Laclau, wie sich populäre Interessen artikulieren und wie sich in der Folge populäre Klassen als kollektive Akteure herausbilden (Laclau 2017). Hierzu definiert er drei Voraussetzungen. Erstens setzt Populismus „ein Äquivalenzverhältnis zwischen einer Pluralität und sozialen Ansprüchen voraus“ (ebd.: 234). Das bedeutet es gibt Überschneidungen zwischen unterschiedlichen Ansprüchen (z.B. medizinische Versorgung, fehlender Wohnraum, etc.), die durch eine Äquivalenzkette verbunden werden. Durch diese Verbindung löst sich der

„differenzielle Partikularismus“ der individuellen Ansprüche auf und es entsteht sukzessive eine populäre Identität. Zweitens muss sich diese Äquivalenzkette im politischen Diskurs niederschlagen, wobei zwei agonistische gesellschaftliche Lager konstruiert werden, die populären Klassen und die Machthaber. Diese diskursive Konstruktion kann an unterschiedliche Ideologien anschließen, was dazu führt, dass sowohl linke als auch rechte Populismen existieren. Drittens muss sich die Äquivalenzkette als Totalität darstellen. Dies geschieht über die Konstruktion eines „leeren Signifikanten“, der die gesamte Äquivalenzkette repräsentiert und um gesellschaftliche Hegemonie ringt.

Der Ansatz unterscheidet sich somit deutlich von der Definition Muddes, indem er sich weniger auf inhaltliche Aspekte der dünnen Ideologie Populismus richtet und anstelle dessen auf den Prozess der Herausbildung populärer Interessen und Identitäten sowie einer Gruppe von Träger*innen des Populismus abstellt. Zugleich spiegelt sich jedoch auch in diesem Ansatz das zentrale Axiom des Gegensatzes von populären und elitären Kollektiven wieder. Der Ansatz des Populismus als Diskurspraxis wurde vielfach kritisiert. So überfrachte das Konzept den Begriff und sei nur schwierig zu operationalisieren (Schuparis 2012: 20). Außerdem führe die angenommene Kontingenz aller sozialen Phänomene zu einer „Metahistorisierung des Populismus“ (Priester 2011: 194). Schließlich mache die Annahme der leeren Signifikanten den Populismus beliebig (Schuparis 2012: 20). Diese Kritik verkennt allerdings, dass die differente Konzeption auf unterschiedlichen Analysefoki beruht. Das Anliegen Laclaus ist eben nicht Merkmale für eine Typisierung populistischer Bewegungen oder Akteure bereitzustellen, sondern vielmehr zu thematisieren, wie sich populäre Interessen und Identitäten im Allgemeinen formieren.

Populismus als politische Strategie

Ein dritter bedeutender Ansatz versteht Populismus als politische Strategie. Populismus wird somit auf ein rein politisches Phänomen begrenzt (Schuparis 2012: 20). Dabei konzentrieren sich die Ansätze aus einer oftmals handlungstheoretischen Perspektive auf politische Strategien des Machterwerbs und Machterhalts (Priester 2011: 192). Um dies zu konkretisieren unterscheidet Robert Barr (2009) drei Modi des Verhältnisses von (Wahl-)Volk und Führern: den partizipatorischen, den klientistischen und den plebiszitären. Während partizipatorische Verbindungen auf die Beteiligung der Bürger*innen an der Entscheidungsfindung setzten, bleiben diese bei plebiszitären Verbindungen passiv. Vielmehr werden die Entscheidungsträger*innen dafür responsabilisiert, die Bedürfnisse und Wünsche der Bürger*innen durchzusetzen. Klientistische Verbindungen setzten schließlich auf ein einfaches Tauschverhältnis: politische Unterstützung gegen materielle Leistungen. Im Gegensatz zu anderen Anti-Establishment-Bewegungen zeichnet sich der Populismus durch einen plebiszitären Modus aus. Barr definiert Populismus in der Folge als „a mass movement led by an outsider or maverick seeking to gain or maintain power by using anti-establishment appeals and plebiscitarian linkages“ (Barr 2009: 44).

Im Vergleich zu anderen Definitionen fokussiert der Ansatz, Populismus als eine politische Strategie zu betrachten, deutlich stärker auf Politiker*innen als Träger*innen des Populismus. Die inhaltlichen Aspekte treten etwas in den Hintergrund und werden zu einem strategischen Instrument der Politik. Vorteile einer solchen Definition sieht Karin Priester (2012) in der Möglichkeit den Populismus von anderen Protest- und Bürger*innenbewegungen zu unterscheiden, die sich zwar auch gegen das Establishment richten, jedoch eine Ausweitung

der politischen Partizipation anstreben und somit nicht dem plebiszitären, sondern dem partizipatorischen Modus zuzuordnen sind. Darüber hinaus biete eine solche Definition die Möglichkeit Veränderungen im Laufe der Zeit, etwa infolge einer Regierungsübernahme, in der populistischen Bewegung nachvollziehen zu können (Priester 2012: 192). Rovira Kaltwasser argumentiert darüber hinaus, dass der Ansatz einen wichtigen Beitrag zur Populismusforschung leistet, indem er zeigt, dass „populistische Führer nicht per se antidemokratisch sind“ (2011: 6; Hervorhebungen i. O.). Zugleich wird kritisiert, dass die Definition vor allem im Hinblick auf den lateinamerikanischen Populismus ausgerichtet und somit nur schwer zu verallgemeinern ist. Darüber hinaus verkenne sie die soziale Basis der populistischen Bewegung (Priester 2012: 192 f.).

Populismus als politischer Stil

Neben den bisher diskutierten und in der Literatur weit verbreiteten Konzeptionen des Populismus wird in der Folge ein vierter aktueller Vorschlag von Benjamin Moffitt vorgestellt, der Populismus, im Anschluss an aktuelle sozialtheoretische und politische Entwicklungen als performativen politischen Stil definiert (Moffitt 2016: 38). Politischer Stil wird dabei verstanden als „repertoires of embodied, symbolically mediated performance made to audiences that are used to create and navigate the fields of power that comprise the political, stretching from the domain of government through to everyday life“ (ebd.). Der Ansatz beruht auf der empirischen Beobachtung, dass sich Politik in den letzten Jahrzehnten unter den Bedingungen einer „reflexiven Moderne“ (Beck et al. 1996) immer stärker mediatisiert und stilisiert hat und in der Folge ästhetische und performative Aspekte an Bedeutung gewinnen (Moffitt 2016: 39). Aus diesem Grund sei es auch sinnvoll sich bei der Analyse auf politische Führer zu konzentrieren, da

diese die “central-performers and ‚embodiments‘ of populism as a distinct political style” (ebd.: 43) darstellen. Der Ansatz unterscheidet sich somit deutlich von den anderen vorgestellten Populismuskonzeptionen, indem er den Fokus auf die stilistischen und weniger auf inhaltliche Aspekte des Populismus richtet. Moffitt möchte diese jedoch auch nicht ersetzen, sondern vielmehr ergänzen. Er argumentiert, dass Ideologie und politischer Stil weder das Gleiche seien, noch notwendigerweise zusammenfallen würden, beide aber von der Forschung berücksichtigt werden sollten.

Moffitt beschreibt drei notwendige Merkmale des Populismus als politischen Stil, den er gegenüber einem technokratischen Stil absetzt (ebd.: 43 ff.): Erstens die Anrufung des Volks gegen die Elite. Das Volk ist dabei sowohl zentraler Adressat als auch repräsentiertes Subjekt. Dabei wird das Volk als wahrer Souverän dargestellt. Damit zusammen hängt auch eine binäre Trennung zwischen Volk und Elite (auch Establishment, System, o.Ä.) sowie eine Abwertung von Expertenwissen und eine Verteidigung des „common sense“. Ein zweites Merkmal des Populismus seien „schlechte Manieren“. Fluchen und eine Abwertung traditionell angemessener Formen des politischen Handelns sind Ausdruck dieses Merkmals. Darüber hinaus argumentieren Populisten weniger mit Belegen, sondern stärker mit Emotionen und nutzen Anekdoten als Beweise für politische Sachverhalte. Das dritte Merkmal ist der Bezug zu (vermeintlichen) Krisen, Zusammenbrüchen und Bedrohungen. Diese dienen für den Populismus als Ausgangspunkt und werden von ihm zugleich durch Dramatisierungen und Darbietungen erzeugt und verstärkt. Dafür werden relevante politische Begriffe und Debatten radikal simplifiziert.

Moffitt zufolge hat diese Perspektive vier zentrale Konsequenzen für die Analyse von Populismus (ebd.: 45 ff.): Erstens erlaubt die Definition als

politischer Stil zu verstehen, wie der Populismus in der Lage ist in unterschiedlichen Situationen und Kontexten in Erscheinung zu treten. Zweitens hilft der Ansatz dabei die simplifizierende Vorstellung der Binarität Populismus vs. Nicht-Populismus aufzubrechen und zu zeigen, dass es sich vielmehr um ein graduelles Phänomen handelt. Dieses entfaltet sich auf einer Dimension, die orthogonal zur politischen links-rechts Dimension verläuft und sich zwischen einem populistischen und einem technokratischen Politikstil aufspannt. Dies ermöglicht eine differenzierte Analyse, die mitunter zeigt, dass vermeintlich populistische politische Akteure hinsichtlich ihres Politikstils weniger populistisch agieren, als manche etablierte Politiker*innen. Drittens kann durch einen Ansatz, der sich auf stilistische Charakteristika konzentriert, das Phänomen der fehlenden Substanz und die Möglichkeit den Populismus sich mit verschiedenen „host-ideologies“ (ebd.: 49) zu verbinden, verstanden werden. Schließlich bietet der Ansatz viertens ein neues analytisches Vokabular für die Analyse von Populismus, das sich auf Darbietungen und performative Aspekte fokussiert. Auf diese Weise sensibilisiert der Ansatz dafür, dass neben dem Inhalt auch die Form des Politischen eine eigene Relevanz besitzt.

Es wird deutlich, dass der Ansatz, auch wenn er eigentlich auf den Stil ausgerichtet ist, stark mit inhaltlichen und ideologischen Aspekten zusammenhängt. Zugleich bringt er jedoch neue Ideen in den Diskurs ein, indem er auf die Bedeutung des Performativen und Ästhetischen in der Politik verweist. Hier wird jedoch auch eine deutliche Einschränkung sichtbar: Der Ansatz konzentriert sich im Gegensatz zu den anderen diskutierten Konzepten ausschließlich und dezidiert auf professionelle Politiker*innen als Träger*innen des Populismus. Soziale Bewegungen als solche, ihre Entwicklung und Struktur spielen nur eine untergeordnete Rolle für die Analyse des

Phänomens. Auch populistische Praxismuster von Bürger*innen werden zumindest bislang nicht untersucht.

Integration durch einen mehrdimensionalen Ansatz

In Anbetracht der Komplexität des Populismus, der graduell zu verstehen ist und unterschiedliche Dimensionen (Stil, Inhalt, Träger*innen, etc.) umfasst, erscheint es sinnvoll, die verschiedenen Ansätze im Rahmen eines mehrdimensionalen Ansatzes zu verbinden. So ist der Ausgangspunkt des mehrdimensionalen Populismuskonzepts von Paula Diehl (2011) auch die Einsicht, dass es sich beim Populismus um einen komplexen Gegenstand handelt, der nicht nur auf eine Dimension verkürzt werden kann. Diehl zufolge sind die Unstimmigkeiten unterschiedlicher Definitionen nicht nur auf die Flexibilität des Phänomens, sondern vor allem auf unterschiedliche Referenzpunkte für die Definition zurückzuführen (Diehl 2011: 273 f.). Populismus artikuliert sich demzufolge auf unterschiedlichen Ebenen des Politischen (politisches Handeln, ideologische Inhalte und politische Organisationsformen), die nicht notwendigerweise kohärent sein müssen (ebd.: 274). Es handelt sich somit um ein mehrdimensionales und graduelles Phänomen. Akteure können somit ein unterschiedliches Ausmaß an „Populismus-Intensität“ aufweisen, die sich wiederum auf den unterschiedlichen Ebenen als auch im Zeitverlauf verändern kann.

Diehl unterscheidet in ihrer Konzeption drei Dimensionen des Populismus: die ideologische Dimension, die kommunikative Dimension und die organisatorische Dimension. Mit der ideologischen Dimension schließt Diehl unter anderem an die Idee der „dünnen Ideologie“ von Cas Mudde an. Populismus sei als dünne Ideologie zwar recht

durchlässig, zeichne sich aber dennoch durch eine Reihe von ideologischen Komponenten aus. Je nach Bedeutung dieser Merkmale für politische Akteure lässt sich von einer höheren, respektive niedrigeren Intensität des Populismus sprechen. Die Komponenten umfassen unter anderem die Konstruktion eines heartland (idealisierte Vorstellung der Vergangenheit) und eine Idealisierung des Volkes, die Gleichsetzung von *volonté générale* (allgemeiner Wille) mit *volonté de tous* (Summe der Einzelinteressen), die Aufteilung der Gesellschaft in die zwei antagonistischen Lager Volk und Elite, die zentrale Position politischer Führer*innen, die Erleuchtung der schweigenden Mehrheit sowie die Veränderung der Situation durch ihre Mobilisierung (ebd.: 282).

Die kommunikative Dimension ist eng mit der ideologischen verbunden aber mitnichten mit dieser identisch (ebd.: 282). Mit dieser These setzt sich Diehl von anderen Ansätzen ab, die Inhalt und Stil des Populismus gebündelt behandeln (ebd.: 283). Sie argumentiert, ganz ähnlich wie auch Moffitt, dass eine Trennung der Dimensionen sinnvoll sei, da es auf diese Weise möglich wäre, empirischen Inkohärenzen von Form und Inhalt zu begegnen (ebd.: 275 f.). Diehl stellt eine ganze Reihe unterschiedlicher Kriterien für die kommunikative Dimension des Populismus auf. Dazu zählen neben dem zentralen Merkmal populistischer Sprache, der Anrufung des und der Berufung auf das Volk, unter anderem auch die starke rhetorische Trennung in „Wir“ und „die Anderen“, eine binäre Logik von Schwarz und Weiß, Emotionalisierung und Dramatisierung, Skandalisierungen sowie der Appell an den „common sense“ (ebd.: 287).

Die organisatorische Dimension verweist schließlich auf die soziale Organisation und Struktur des Populismus. Dabei betont Diehl in Anlehnung an Priester den „anti-institutionellen Charakter

des Populismus [als] einen seiner wichtigsten Wesenszüge“ (ebd.: 288). Er zeichnet sich idealtypisch durch vier organisatorische Merkmale aus (ebd.: 288 f.): Die Ablehnung politischer Institutionen, plebiszitäre Entscheidungsvorgänge, eine vermeintlich direkte Teilnahme des Volkes am politischen Geschehen und einen hohen Grad an Mobilisierung sowie eine direkte und hierarchische Beziehung zwischen populistischem Führer und dem Volk. Dies muss nicht nur negativ sein. Vielmehr kann es durch die „Suche nach der Unmittelbarkeit des Volkswillens zu einer Verstärkung der Demokratie [kommen]“ (ebd.: 289).

Die mehrdimensionale Konzeption des Populismus ermöglicht es, unterschiedliche Dimensionen des Populismus, die sich im Diskurs als relevant erwiesen haben, in der Analyse zu integrieren. Dies erscheint angesichts der Komplexität des Phänomens sinnvoll und zielführend. Ein weiterer Vorteil des Konzeptes liegt, ähnlich wie auch bei dem Konzept von Moffitt, in seinem graduellen Charakter. So können nicht nur prototypisch populistische Akteure, sondern auch andere, etablierte Kräfte und nach dem Grad ihres Populismus auf den unterschiedlichen Dimensionen untersucht und verglichen werden. Auch die Veränderung von Akteuren und Bewegungen im Zeitverlauf lässt sich auf diese Weise erfassen (ebd.: 290). Schließlich ist es durch das Konzept auch möglich in den Blick zu nehmen, wie populistische Diskurse und Positionen im Lauf der Zeit Teil des politischen Mainstreams werden (ebd.: 278).

Fazit und Ausblick

Die unterschiedlichen vorgestellten Definitionen und die damit verbundenen Konzepte verweisen auf die große Komplexität des Phänomens Populismus. Während sich einige Ansätze stärker auf inhaltliche Aspekte konzentrieren und dabei vor

allem den Anti-Elitarismus ins Zentrum stellen, fokussieren andere stärker stilistische Merkmale. Es wird somit deutlich, dass sich das Phänomen nur schwer auf einer Ebene verorten lässt, sondern vielmehr unterschiedliche Dimensionen umfasst. Als vielversprechender Ansatz für eine Integration der differenten Perspektiven erscheint die mehrdimensionale Populismuskonzeption von Paula Diehl (2011). Diese ermöglicht eine graduelle Verortung sowohl einzelner populistischer Akteure und Bewegungen auf den unterschiedlichen Ebenen als auch ihrer Entwicklung im Zeitverlauf. Darüber hinaus scheint mit dieser differenzierten Perspektive eine Grundlage gegeben, die Entwicklung des Phänomens Populismus jenseits einzelner Akteure und Bewegungen in den Blick zu nehmen. Denn es ist insgesamt auffällig, dass die meisten Ansätze (oftmals aus einer eher politikwissenschaftlichen Perspektive) in ihrer Anlage sehr akteursorientiert ausgerichtet sind. In der Regel werden politische Akteure, Parteien oder Bewegungen, die als populistische charakterisiert werden, oftmals ländervergleichend, untersucht (z.B. Werz 2003, Decker 2006, Mudde 2007, FEI 2012, Bischoff 2015). Dabei liegt der Fokus überwiegend auf der „Angebotsseite“, also auf den politischen Akteuren. Dies gilt insbesondere für den Ansatz von Moffitt, der explizit die Bedeutung von politischen Führer*innen für die Analyse hervorhebt.

Was bei allen diskutierten Konzepten und Begriffen und auch bei dem mehrdimensionalen Ansatz unterbelichtet bleibt, ist die Frage, wie sich Populismus in der alltäglichen sozialen Praxis und den Einstellungen der Gesellschaftsmitglieder niederschlägt und wie diese auf die Politik zurückwirken. Diese Aspekte erscheinen für ein umfassendes Verständnis des Phänomens höchst relevant, da sie den sozialen Nährboden für populistische Akteure und Bewegungen bereithalten, die mitunter mehr als Symptom und weniger als Ursache

gesellschaftlicher Transformationsprozesse einzuordnen sind. Auf welchen sozialen Grundlagen basiert das Phänomen Populismus? Welche gesellschaftlichen Praktiken ermöglichen Populismus? Gibt es dezidiert populistische Praktiken? Welche Rolle spielen Fragen der Materialität? Welchen Einfluss hat die Veränderung gesellschaftlicher Kommunikationspraktiken (Stichwort: Social Media) auf die Entwicklung des Populismus? Diese und weitere Fragen verweisen auf Forschungsdesiderate der Populismusforschung, die durch die diskutierten Begriffe nur unzureichend erfasst werden können. Sie bilden einen guten Ausgangspunkt für eine stärker soziologische geprägte Analyse des Populismus und sollten in künftigen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen berücksichtigt werden.

Literatur

- Barr, R. R. (2009): Populist, Outsiders and Anti-Establishment Politics. In: Party Politics, Vol. 15, No. 1, S. 29-48.
- Beck, U./Giddens, A./Lash, S. (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bischoff, J./Gauthier, E./Müller, B. (2015): Europas Rechte. Das Konzept des „modernisierten“ Rechtspopulismus. Hamburg: VSA.
- Brand, K.-W./Büsser, D./Rucht, Dieter (1986): Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt a. M.: Campus.
- Decker, F. (Hrsg.) (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: VS.
- Diehl, P. (2011): Die Komplexität des Populismus. Ein Plädoyer für ein mehrdimensionales und graduelles Konzept. In: Totalitarismus und Demokratie, Nr. 8, S. 273-291.
- FEI (Forschungsgruppe Europäische Integration) (2012): Rechtspopulismus in der Europäischen Union. Hamburg: VSA.
- Hucke, N./Meyerhofer, A./Pilger, A./Römer, O. (2012): Rechtspopulismus in der Europäischen Union. In: FEI (Forschungsgruppe Europäische Integration) [Hrsg.]: Rechtspopulismus in der Europäischen Union. Hamburg: VSA.
- Laclau, E. (2017): Warum Populismus. In: Marchart, Oliver (Hrsg.): Ordnungen des Politischen. Einsätze und Wirkungen der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus. Wiesbaden: SpringerVS, S. 233-240.
- Lucardie, P. (2011): Populismus: begriffshistorische und theoretische Bemerkungen, in: Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich. Münster: Waxmann, S. 17- 37.
- Moffitt, B. (2016): The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation. Stanford: Stanford University Press.
- Mudde, C. (2004): The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition, Vol. 39, Issue 4, S. 541-563.
- Mudde, C. (2007): Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Priester, K. (2011): Definitionen und Typologien des Populismus, in: Soziale Welt, 62. Jg., H. 2, S. 185-198.
- Priester, K. (2012): Wesensmerkmale des Populismus, in: APuZ, 62. Jg., 5-6/2012, S. 3-9.

Rovira Kaltwasser, C. (2011): Populismus in vergleichender Perspektive. Skizze einer Forschungsagenda, in Berliner Debatte Initial, Nr. 1/2009, S. 4-11.

Schuparis, M. (2012): Rechtspopulismus in Europa. Die Niederlande und Ungarn im Vergleich. Potsdam: WeltTrends.

Werz, N. (Hrsg.) (2003): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen: Leske + Budrich.

Wo liegt der „(neue)“ Populismus?

Überlegungen vor dem Hintergrund des methodischen Vorschlags einer Hinwendung zur intersubjektiven Sprach- und Handlungspraxis

Tino Minas

Nach der Vereidigung des designierten US-Präsidenten war in einer international beachteten US-Zeitung ein Meinungs-Artikel mit dem Titel „How to Listen to Donald Trump Every Day for Years“ (McWhorter 2017) zu lesen. Darin spitzt der Sprachwissenschaftler John McWhorter die allgemeine Fragestellung, wie es hat eigentlich dazu kommen können, dass „so einer“ wie Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde (und welche Folgen es hat), in kühnem Zug auf die rein „äußerliche“ Form der Sprechweise in der allgemeinen (wohl: der „amerikanischen“) Öffentlichkeit zu: „What’s new is that someone who talks like this in public has become the president of the United States.“ Er führt aus, dass zum Beispiel „false starts, jumpy inserts and repetition (...) are all typical of casual speech as opposed to written language“. Vor dem Hintergrund der Unterscheidung von „talking“ vs. „speaking“ geht er in der Folge soweit, dass die eher dem Typus der informellen, geselligen Interaktion zugehörigen Artikulationsform im Rahmen der Verpflichtungen der Ausübung des Amtes bei öffentlicher Rede ein „gesamtgesellschaftliches Klima“ schaffe, „to expressing casual hatred too easily“.

Ausgerechnet in diesem Text einen Anlass zu sehen, um in einem elementaren Sinne die Frage zu stellen, wo überhaupt der „neue“ Populismus liegt bzw. liegen könnte, scheint zunächst erläuterungsbedürftig. Es steht zwar außer Zweifel, dass der Text über die äußerlich-linguistische Klassifizierung hinausgeht und in die Handlungstheorie hineinreichende Konsequenzen zu ziehen.

Diese fallen allerdings gemessen am allgemeinen Dekompositionsniveau rund um die Frage, wie das Handeln erklärt werden kann, recht schmal aus: abweichendes Verhalten in einem Kontext (politische Kommunikation) hat abweichendes Verhalten in einem anderen (Alltag) zur Folge.¹ Das erlaubt aber noch keine Einschätzung, weshalb es analytisch lohnenswert sein könnte, sich der intersubjektiven Sprach- und Handlungspraxis zuzuwenden. Das muss entsprechend durch eine anderweitige Kontextuierung nachgereicht werden.² Diese Kontextuierung setzt dort an, wo es auch für die Soziologie zunächst plausibel geworden ist, die Beziehung zwischen Sprache und Handlung eng zu fassen. Es darüber hinaus, wo diese Beziehung in differenzierungstheoretischer

¹ Sollte es tatsächlich darum gehen, nur die normative Erwartung zu bedienen bzw. durch linguistische Deskription „empirisch“ zu verlängern, dass es in demokratisch legitimierten Staaten zum schlichten Anstand seiner Repräsentanten gehöre, einen bestimmten Stil im Verhalten zu wahren, weil das den sozialen Frieden sichere, wären keine Anmerkungen zur Frage, wo der „neue“ Populismus liegt, nötig. Er läge wohl dort, wo einerseits auf Seiten der Wähler mehrheitlich nicht mehr unterschieden wird bzw. werden kann zwischen den Tragweiten von Redebeiträgen in Politik und solchen im Alltag, und wo auf Seiten der Anwärter auf politische Ämter dieses staatsbürgerliche Defizit entsprechend bedient wird. In beiden Hinsichten besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen politischer Semantik und konkreten Einzelhandlungen.

² Die Vermutung lautet in aller Kürze: In der (methodischen) Hinwendung zur Sprachpraxis steckt auch ein gehöriges Maß an theoretischer Einsicht hinsichtlich des Problems der Differenz von Horizonten. Dieses wird in der Moderne nicht nur immer sichtbarer, sondern verlangt auch zunehmend ein komplexeres Verständnis der wechselseitigen Abhängigkeiten und Unabhängigkeiten dieser Horizonte untereinander. Wie Synchronisierbarkeit denkbar ist, ohne die Synchronisation der regulativen Idee einer „Verschmelzung der Horizonte“ zu überantworten, definiert präzise das Übergangproblem, das sich als Problem der Übersetzung zwischen gesellschaftlichen Kontexten, die unterschiedliche „Sprachen sprechen“, beschreiben lässt (Renn 2013).

Bezugsproblematik zur Anwendung kommt. Mit der Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas 1981, im Folgenden TdkH) liegt entsprechend eine komplexe Theorie vor, die das Populistische in die Nähe kolonialisierter Lebenswelt(en) zu rücken erlaubt. Sowohl die Redeweise Trumps als auch der Umstand, dass diese Redeweise für einen großen Teil der amerikanischen Wähler zumindest kein Gegenargument für eine Wahl des Republikaners war, werden so zum Zeichen für eine problematische Entwicklung, die nicht auf (enttäuschte) Hoffnungen und Pläne der Wähler (oder auch Trumps) hinausläuft, sondern eher anregt, nach einer gesellschaftstheoretisch höher aufgelösten Perspektive Ausschau zu halten, und im Rahmen der TdkH in eine Disbalance zwischen System und Lebenswelt mündet. Ich möchte diese kulturkritische Perspektive näher betrachten, bedeutungstheoretisch problematisieren und so andeuten, dass die Frage, wo der „neue“ Populismus liegt, nicht nur eine relevante Frage ist, sondern vor allem eine relative Antwort verlangt und zwar je nach Konstellation der (als asymmetrisch zu beschreibenden) „Übersetzungsbeziehungen“ (Renn) zwischen verschiedenen am Handeln beteiligten Integrationseinheiten.

In einem ersten Zugriff drängt sich nicht unbedingt auf, weshalb der methodische Vorschlag, sich der intersubjektiven Sprach- und Handlungspraxis zuzuwenden, eine derart hochskalierte Theorie wie die des kommunikativen Handelns auf den Plan rufen sollte. Dem Vorschlag einer Hinwendung zur intersubjektiven Sprach- und Handlungspraxis würden sich auch andere Perspektiven nicht in den Weg stellen.

Im Lichte der Bourdieuschen Gesellschaftstheorie ist man eher gewohnt, die Sprechweisen als „typische Sprechweisen einer Klasse“ zu verstehen und in diesen das „verkörperlichte Kulturkapital“

(Bourdieu 2009) durchschimmern zu sehen. Unbewusst angeeignet verbirgt es nicht nur seine „wahre Natur“ als „Kapital“, sondern markiert auch ein Verstehen auf Seiten der Rezipienten fern aller bewussten Anteile der Personen. Ein formal-linguistischer Zugang hätte entsprechend nicht einfach die Funktion, äußerliche Ansatzpunkte für Klassifikationen zu identifizieren, sondern zudem vorzubereiten, wie eine zu stark das Verstehen auf kognitive Aneignungsprozesse fokussierende Perspektive den Blick von der eigentlichen Verbundenheit aller Mitglieder mit der „legitimen Kultur“ in „synchronischer Wahrnehmung“ (Bourdieu 2004) verschleiert. Die Bemühungen um Einordnung der Trumpschen Äußerungen erfüllten in diesem Sinne ihre Funktion und würden erklärt als Aspekt der Legitimierung bestehender Ordnung (als soziale Ungleichheit³)⁴.

Insoweit es um die enge Beziehung von Sprache und Handlung geht, ließe sich auch an eine andere Tradition denken, die zwar ebenso weit (wie Bourdieu) entfernt von der Differenzierungstheorie liegt, für die allerdings die Bedeutung von Sprachäußerungen als kommunikative Akte nicht vorweg über Zweckorientierung und Klasse koordiniert ist. Zuerst wäre dann eher an Austins Begriff der „illocutionary force“ (1962) zu denken;⁵ oder auch an Erving Goffmans Unterscheidung von „information given“ und „information given off“. In beiden Fällen (und trotz der doch

³ Anders dagegen: Kieserling 2008.

⁴ Zu einer solchen Verschleierung gehörte dann übrigens auch die Perspektive, die einen kausalen Zusammenhang zwischen der Sprechweise und dem Anstieg an zivilisatorisch bedenklichen Inhalten im Alltag (also to expressing casual hatred too easily) beobachtet.

⁵ Dass man nicht zuerst spricht und dann etwas tut, oder zuerst etwas tun will (wollen muss), um dann mit dem Sprechen zu beginnen, markiert den plausiblen Ausgangspunkt, dass bereits durch Sprechen gehandelt wird. Diese Präzisierung in der zeitlichen Struktur hat vor allem Konsequenzen in begrifflicher Hinsicht: Sie legt nahe, das Handeln im Sinne des Sprechens und Sprechenskönnens einer Sprache zu charakterisieren.

beträchtlichen Unterschiede der beiden Bezugsautoren⁶) stünde im Vordergrund, dass durch das Sprechen etwas getan wird, das zwar gewiss nicht im Begriffe des sozialphänomenologischen („echten“) Fremdverstehens die konkrete Beschaffenheit des personalen Gegenübers impliziert, aber doch profiliert, dass beim Sprechen und Hören ein eigenes Ordnungsproblem beim Verstehen inhärent ist: dass es überhaupt um das Sprechen und Hören geht, muss eigens gesichert werden. Von dorthier zu rekonstruieren, was Sprecher tun, damit Hörer sich ihrer annehmen, wie beide mit dem Problem der Fixierung eines gemeinsamen Brennpunkts der Aufmerksamkeit im Sinne einer nicht auf Individualhandlungen reduzierbaren Aktivität befasst sind, markiert nicht nur den Ausgangspunkt für anspruchsvollere Kommunikationstheorien⁷, sondern erklärt, weshalb in dieser theoretischen Tradition „Kontext“, Indexikalität, „contextual clues“, konversationelle Implikaturen usw. zu zentralen Termini werden. Den Vorschlag von McWhorter an diese Tradition anzulehnen, legte nahe, dass die Rezipienten des Trumpschen Sprechens durch ihr Tun (Zuhören und das Gesagte als Zeichen, das an sie gerichtet ist, interpretieren) damit beschäftigt sind, die Angaben sinnhaft zu ergänzen. Es käme dann nicht so sehr darauf an, ob die öffentliche Rede Ihre „Botschaften“ hinreichend explizit macht.⁸ Oder auch ob die Inhalte sich auf manifester Ebene widersprechen, inkohärent, „falsch“ sind. Es käme auf die Re-Indexikalisierung der öffentlichen Rede an. McWhorters Vorschlag hätte dann behauptet, dass durch das Rekonstruieren des Sinnes (als hörerseitige Kompensation der stets elliptischen Sprache, die bei Trump nur im Intensitätsgrad gesteigert ist) ein kausaler Zusammenhang dahingehend besteht, Hemmschwellen der Selbstdisziplinierung fallenzulassen.

Drittens legt insbesondere Vermutung McWhorters vormals gesicherter Formen des „alltäglichen

Hasses“ (casual hatred), die durch die öffentlich präsentierte Redeweise Trumps nun ent-sichert werden, nahe, Durkheim zu Rate zu ziehen. Leitend wäre dann die Annahme, dass alltägliche Fremdheit eine gewisse Zurückhaltung im Artikulieren ideologischer, rassistischer, herabwürdigender usw. Inhalte voraussetzt oder auch bewirkt. Nach erheblichen Zäsuren der funktionalen Differenzierung (Arbeitsteilung) ist Solidarität noch hier noch immer die entscheidende Einheit-gewährleistende Größe von Gesellschaft (nur eben in veränderter „organischer“ Form). Das empirische Vorkommen von „hate speech“ im Alltag und/oder die Sprechweise des Präsidenten, wäre dann hinreichend, um diese Einheit in problematischem Sinne gefährdet zu sehen.

Auch wenn gerade die Durkheimsche Solidaritätsperspektive Habermas nicht fremd ist (s.u.), hat die Hinwendung zur Sprach- und Handlungspraxis in der Theorie des kommunikativen Handelns einen spezifisch anderen, methodologischen Ausgangspunkt. Er liegt beim Umgang mit dem „vernünftigen Gehalt der kulturellen Moderne“ und dabei vor allem beim Vorbehalt, diesem „Gehalt“ nicht gerecht zu werden, wenn er auf die individuelle Zweckmäßigkeit beschränkt wird (etwa

⁶ Hier sei nur angedeutet, dass John Langshaw Austin als zentraler Bezugsautor der sogenannten Sprechaktttheorie natürlich eher der philosophisch-analytischen Handlungstheorie zuzuordnen ist, also im Nachklang des späten Wittgenstein der Frage nachgeht, wie Handeln möglich ist und nur sehr indirekt in Beziehung steht zur Zwanghaftigkeit sozialer Ordnung. Erving Goffman ist als Bezugsautor für die Interaktionsordnung natürlich anders aufgestellt, verlängert aber über seine deskriptiven Vorschläge zunächst „nur“ die Kritik an der allzu forschenden Absorption des Handelns durch Modellierung im Lichte zweckinstrumenteller Rationalität, in dem er eigene Rationalitäten im Bereich der Sequenzen in Aussicht stellt.

⁷ Zu nennen wäre an dieser Stelle sicher zuerst die Versuche einer allgemeinen Kommunikationstheorie nach Gerold Ungeheuer (u.a. 2010).

⁸ Auch die expliziteste Rede, die versucht alle Eventualitäten zu berücksichtigen, wird interpretiert, und ist nicht gefeit gerade durch den Versuch, alles Hörerseitige zu minimieren, in Unverständlichkeit zu münden.

Habermas 1988: 137). Die Sprach- und Handlungspraxis bzw. die Hinwendung zu ihr steht in diesem Zusammenhang als Alternative dazu, dass der Rationalitätsaspekt des Handelns zu guter Letzt doch auf Schema anzupassen, dass ihm die Form der optimalen Wahl von Mitteln bei übergeordneten Zwecken verleiht. Insofern auch der Sprecher, der seine Aussagen als vernünftig in diesem zweckinstrumentellen Sinn begriffen wissen möchte, immer auch fragen lassen können muss, ob diese Rahmung „hier und jetzt“ auch „richtig“ ist, erhebt er eben Ansprüche im Sinne der normativen Eingebettetheit von Aussagen. Habermas nennt die drei Geltungsdimensionen der Wahrheit (objektive Welt), der Richtigkeit (normative Welt) und der Wahrhaftigkeit (dramaturgischer Aspekt), in denen kompetente Sprecher auf Rückfrage ihre Angaben rechtfertigen können (müssen) – sofern sie verständigungsorientiert einander zugewandt sind.

In gesellschaftstheoretischem Sinne ist das wichtig, weil einer jeden dieser Dimensionierungen teilsystem-spezifische, horizontabhängige, übergeneralisierte Medien stabilisierte Formen von Handlungsrationale zugrunde liegen. In der arbeitsteiligen Moderne sind diese einer internen Dynamik ausgesetzt, entwickeln Eigensinn, der für sich steht und an sich nicht reduzierbar ist. Problematisch wird die Entfaltung dieses Eigensinns, insofern dieselbe Logik „auch zu einem esoterischen, und durch die Abspaltung von der kommunikativen Alltagspraxis wiederum gefährdeten Eigenleben“ (Habermas 1988: 137, Herv. TM) führen kann. Es ist vor allem die damit verbundene Gefahr einer „Kolonialisierung der Lebenswelt“, die virulent wird, sobald die zentrifugalen Kräften der „Systeme“ die Bedingungen von Kommunikation derart verschoben haben, dass die lebensweltlichen Ressourcen nicht mehr anzapfbar sind, wo sie für den eigentlichen Reproduktionszusammenhang der Gesellschaft

dringend benötigt würden: bei Prozessen der Verständigung darüber, als was man einen jeweiligen kommunikativen Beitrag eigentlich verstehen will.

Wollte man diese These einer stets möglichen, weil strukturell angelegten Kolonialisierbarkeit der Lebenswelt mit dem Thema des Populismus in Kontakt bringen, fiel zunächst auf, dass dieser Kontakt nicht ohne die Verwandtschaft zur Durkheimischen Vorstellung von Solidarität denkbar ist: aus „mechanischer“ wird „organische“ Solidarität. Der Übergang in moderne, unübersichtlichere Verhältnisse verläuft mit Bezug auf vormals traditionale Formen der Einbindung der Person in konkrete Gemeinschaft nur dann unproblematisch, wenn es gleichzeitig gelingt, neuartige Solidarität(en) zu erzeugen. Mit Habermas würde man darauf bestehen, dass die Errungenschaften der Moderne, z.B. die Ausdifferenzierung von einer juristischen Sphäre im Medium des Rechts alternativlos ist. Das Recht gewährleistet durch seine Positivierung, durch sein Unabhängig-Werden von „außerrechtlichen Geltungsgrundlagen“, dass die Frage, was Recht und was Unrecht ist, nicht mehr unter Bezugnahme der konkreten Gegebenheit geklärt werden muss. Der (Rechts-) Standpunkt ist nicht partikularistisch, sondern von übergeordneter Warte aus. Insofern Rechtsfolgen beim Gegenüber anerkannt werden, lässt sich der Spielraum, wie man als Gegenüber vor anderen bestimmte Verhaltensweisen zeigen kann, ungleich erhöhen. Gleichzeitig steckt in eben diesen Vorzügen die Tendenz, dass Personen nur mehr als Merkmals- und Rollenträger in Betracht kommen, zu „bloßen“ Objekten der Inklusion (zu Rechts-,subjekten“) reduziert werden und so ihre volle Subjektivität um (bisweilen) entscheidende Ausdrucksformen beschnitten wird. Es ist „dilemmatisch“ (Habermas 1981: 534)°, zu was Modernisierung führt: Entweder (a) es gelingt, den Konflikt zwischen Standard-Folgen im Recht und Verpflichtungen so zu arrangieren, dass mögliche

Konflikte zwischen juristischen Folgen und nicht-juristischen Folgen (etwa im familiären Kontext) selbst nicht durch die Präferenz der einen oder anderen Seite restlos aufzulösen.¹⁰ Dann hieße „auf das Recht zu vertrauen“, dass spannungsreiche Konflikte nicht einseitig im Sinne der rechtlichen Folgen aufgelöst werden (aber dennoch auf die Errungenschaft der persönlichen Freiheit durch Positivierung von Recht bauen). Oder (b) die systemischen Inklusionsbedingungen der Person als Inhaberin und Trägerin von Rechten gehen derart in Führung, dass andere Wertorientierungen oder traditionelle Ressourcen der Erwartungssicherung keine Rolle mehr spielen.

Beide Varianten münden in kulturkritische Deutungen in Bezug auf die Frage, wo der „neue“ Populismus liegt. Im Falle einer bereits weitestgehend kolonialisierten Lebenswelt (b) wäre das Auftreten von idiosynkratischen, partikularistischen Statements in politischen Reden wenig überraschend. Im Gegenteil: an der Hinwendung zu Formen des gesprochenen Wortes (typical as casual speech) fände der Kulturkritiker eben Anlass, eine Art sublimierte Form der Kompensation zu vermuten, die auf einen Mangel an intakter System-Lebenswelt-Balancierung reagiert. Denkbar wäre, dass es zu einer Verwechslung von Redebeiträgen, die potentiell befragt werden könnten auf ihre Dimensionierung in den drei Geltungsdimensionen (Wahrheit, Wahrhaftigkeit, Richtigkeit) durch eine Person mit der reinen Form, in der diese Person nunmal bisweilen spricht, kommt.¹¹ Im Falle einer „nur“ durch einen Gestaltwandel von Kolonialisierung bedrohten Lebenswelt (a) liegt im Versuch eines solchen Manövers zumindest das Potential, sich im Zuge der demokratischen Willensbildung erneut der Grundlagen zu vergewissern, auf denen der demokratisch legitimierte Staat hin ausgerichtet sein sollte.¹²

Kulturkritik vs. Übersetzen

Bemerkenswert ist zunächst, dass die an den drei Geltungsdimensionen orientierte Perspektive nicht in dem Sinne entfremdungstheoretisch ausgerichtet ist, wie es etwa im Lichte der frühen kritischen Theorie der Fall gewesen wäre. Man kann nicht im gleichen Sinne von einer Art selbstgewählter Perspektivlosigkeit sprechen, die durch die Hinwendung der Subjekte zu „populistischen“ Angeboten (im Sinne unterkomplexer Vorschläge, wie das Kollektive durch Gesetze zu steuern sei) diese und alle anderen nur noch weiter in ihre eigene Ohnmächtigkeit treibt. Bei einer Scharnierstelle wie der theoretischen Figur einer „Identifikation mit dem Angreifer“ (die Adorno von Freud übernimmt) geht Habermas aus handlungstheoretischen Gründen auf Distanz.¹³ Sein Versuch, die Beschränkung der Rationalität des Handelns der zu engen Vorstellung zu entziehen, es ginge dabei nur um das (individuell

⁹ „Es ist das Medium des Rechts selbst, das die kommunikativen Strukturen des verrechtlichten Handlungsbereichs verletzt.“ (Habermas, 1981, ii: 293; und 543, vgl. Renn 2006: 89 FN 17)

¹⁰ Vgl. dazu auch die Ausführungen zur Ambivalenz der Abstraktion bei Recht in Renn 2006: 86 ff.

¹¹ Im doppelzüngigen Essay „Donald Trump is a good president“ des Schriftstellers Houellebecq (2019) lässt sich eine solche Spur im Obertonbereich vernehmen. Dort heißt es, es sei „aus französischer Perspektive“ nichts einzuwenden dagegen, dass die Amerikaner einen „Clown“ als Präsidenten hätten. Im Sinne der ziemlich holzschnittartigen Gleichsetzung von „Amerika“ und „Konsum“ (im Sinne einer Überdominanz des Objektiven in Form alles überformender wirtschaftlicher Zweckgebundenheit) sowie von Frankreich/Europa und „Geist“ (im Sinne einer mindestens genauso problematischen Geburtsstätte des „Geistes“) mit, hat es gar keinen Sinn, immer wieder zu beklagen, dass einzelne Beiträge in Übersee keiner eingehenderen Prüfung standhalten.

¹² In eine solche Richtung ließe sich sicher auch ausbauen, was Habermas (2013) gegenüber der damals neuen, euroskeptischen AfD formulierte: „In der Bundesrepublik bestärkt eine unsäglich merkelfromme Medienlandschaft alle Beteiligten darin, das heiße Eisen der Europapolitik im Wahlkampf nicht anzufassen und Merksels clever-böses Spiel der Dethematisierung mitzuspielen. Daher ist der ‚Alternative für Deutschland‘ Erfolg zu wünschen. Ich hoffe, dass es ihr gelingt, die anderen Parteien zu nötigen, ihre europapolitischen Tarnkappen abzustreifen. Dann könnte sich nach der Bundestagswahl die Chance ergeben, dass sich für den fälligen ersten Schritt eine ‚ganz große‘ Koalition abzeichnet.“ (ebd.: 70)

realisierbare) Optimum der angewandten Mittel im Verhältnis zu gegebenen Zwecken, lenkt die Aufmerksamkeit auf die im Verständigen sich realisierende, vernunft-analoge „kommunikative Rationalität“.

Allerdings ist diese kommunikative Rationalität bei Habermas nur um den Preis einer relativ orts- und zeitentbundenen Bewertbarkeit der Güte eines Redebeitrags zu bekommen. Um von anderer Seite her¹⁴ zu sichern, dass die Festlegung des Sinnes des Sprechaktes eben nicht zuerst und unüberbrückbar „indexikalische“ Eigenschaften hat, sondern eben doch wenigstens formal „entindexikalisiert“, kriterial bewertbar wird,¹⁵ bewegt sich die Theorie sozusagen „oberhalb“ der Fixierung des Handlungssinnes, der ja eigentlich Gegenstand hätte werden sollen in dafür vorgesehenen Diskursen.¹⁶

Schwer wiegt diese Beschränkung, wo nur mehr auf sehr indirekte Weise auf die Herausforderungen der interkulturellen Kommunikation bzw. kulturellen Differenzierung eingegangen werden kann (vgl. Renn 2006: 469). Die Herausforderung „multikultureller Gesellschaft“ erscheint als Angelegenheit der Überbrückung von Differenzen, als Problem der Gewährleistung hinreichend kompatibler Übereinstimmung; es geht um die Entwicklung der Formel, auf die man sich in der Pluralität ethnischer, religiöser oder einfach Lebensstildifferenter Kollektive einigen können soll. Was aber eine solche Einigung bedeutet, liegt nicht einfach auf einer konzeptionell-formalpragmatisch zu sichernden Linie, die man auf diesem Wege an die konkreten Konfliktparteien zurückerstatten könnte. Die Implikation der Notwendigkeit einer jeweiligen Neu-Auslegung eventueller Diskussionsergebnisse deutet auf eine Pluralität von Applikationskulturen („Milieus“ nach Renn) hin, die bereits zuvor in ihrer Auslegung der Konfliktbewältigung (und auch danach

hinsichtlich der Umsetzung der Ergebnisse) Abweichungen ins Spiel bringen, die sich nicht auf die bloße Bereitschaft, allgemeine Rechtsgrundlagen anzuerkennen oder sich ihnen zu verweigern, reduzieren lassen.

An dieser Stelle und demgegenüber die „Verständigung“ als eine stets unsichere Übersetzung (Renn 2006: 469) stark zu machen, heißt zum einen, sie bezüglich der Respezifikationsproblematik interaktionstheoretisch aufzuwerten – sozusagen sie

¹³ Für ihn steht vor der Frage, wie „irrationales“ Verhalten „rational“ erklärt werden kann, der Vorbehalt, dass es zum einen verschiedene Arten von Rationalität neben der rein zweckinstrumentellen Orientierung gibt. Zum anderen wäre sieht er aus rein aus theoriestrategischen Gründen, dass z.B. die zweckinstrumentelle Handlungsorientierung auch ihre Vorzüge hat. Sie entlastet beispielsweise von der aufdringlichen Kontingenz der (eigenhändigen) Bewirtschaftung von Natur durch die Einspeisung hochgradig effizienzsteigernder Problemlösungen bei der Verwertung von Ressourcen; gleichzeitig erzeugt natürlich die Logik der Arbeitsteilung neue Probleme, gegenüber denen sich der Einzelne nicht nur in seiner Freiheit einschränken muss, sondern denen gegenüber eine einfache Ethik mit ihren generalisierenden Ansprüchen nicht mehr auf Augenhöhe gegenüber treten kann (vgl. dazu auch: Brunkhorst 1997).

¹⁴ Habermas hält an der modernitätstheoretischen Idee fest, dass sich die Gesellschaft auf dem Wege der Ausleuchtung ihrer eigenen Bedingungen verstehen, „einholen“ und dann auch politisch steuern kann. Das hat es Widersachern wie Luhmann leicht gemacht, systemtheoretisch zu ironisieren: selbst im Falle der Aggregierbarkeit der Moral zu einem System auf Augenhöhe mit den anderen Funktionssystemen wie Wirtschaft, Politik, Recht etc., genügt das nicht für die Alleinzuständigkeit eines Teils (Systems) für die Integration der Ganzheit (der Systeme).

¹⁵ An diesem Punkt unterscheidet sich pragmatische Analyse von Übersetzungsverhältnissen von der Formal-pragmatik vielleicht am deutlichsten: die kriteriale Bewertbarkeit des Wissens, das in Form von Implikaturen die Interaktion gestützt hat, lässt dessen prinzipielle Explizierbarkeit zu. Dagegen steht aber ein starker Begriff von implizitem Wissen, das per definitionem (und aus funktionalen Gründen) nicht explizierbar sein darf. (Renn 2006: 251)

¹⁶ Der Ausgang von „Standardsituationen“ genügt bekanntlich: „Die formalpragmatisch ansetzende Bedeutungs-theorie geht von der Frage aus, was es heißt, einen kommunikativ verwendeten Satz, d. h. eine Äußerung zu verstehen. Die formale Semantik legt einen begrifflichen Schnitt zwischen die Bedeutung eines Satzes und die Meinung des Sprechers, der mit dem Satz, wenn er ihn in einem Sprechakt verwendet, etwas anderes sagen kann, als dieser wörtlich bedeutet. Diese Unterscheidung lässt sich jedoch nicht zu einer methodischen Trennung zwischen der formalen Analyse von Satzbedeutungen und der empirischen Analyse von geäußerten Meinungen ausbauen, weil die wörtliche Bedeutung eines Satzes unabhängig von den Standardbedingungen seiner kommunikativen Verwendung gar nicht erklärt werden kann.“ (Habermas 1981: 400)

anhand des stets indexikalischen, „kreativen“¹⁷ Momentes zu „verunsichern“. Gerade weil auf ein praktisches („implizites“) Wissen zurückgegriffen werden muss, um die hinreichende Logistik bereitzustellen, in konkreten Situationen überhaupt zu „implementieren“, was abstrakte Imperative an Leitfunktion anbieten, ist die Rede von Übersetzung (als Alternative zu operativer Geschlossenheit oder Repräsentation) zielführend (v.a. Renn 2006).¹⁸ Zum anderen heißt es, an der Verständigung eine Form des Wissens zu beteiligen, gegenüber der sich nicht mehr behaupten lässt, dass sie durch reflexivere, kognitiv verfügbare Formen ersetzt werden kann. Das erlaubt es aber nicht mehr, „die sachliche Referenz von Sprachhandlungen unter der Rubrik propositionaler Sprachhandlungen bzw. unter der Kategorie der Wahrheitsgeltung von Behauptungen [zu führen, TM], so dass als entscheidende Relata der Beziehung zwischen Sprache und Welt (...) im Grunde das „Weltwissen“ der Sprecher und die rationale Akzeptabilität von Aussagen (...) erscheinen“ (Renn 2006: 251).

Doch keine „Kolonialisierung“? Oder vielleicht doch?

Dieser Befund erschwert zunächst die Beschreibung des Problems eines möglicherweise „neuen“ Populismus. Einerseits kann das Aufkommen von „Populismen“ nicht mehr ohne Umwege damit erklärt werden, dass die Möglichkeit des Konsenses im Angesicht der „strukturellen Gewalt von Systemimperativen“ (Habermas 1981: 292) unwahrscheinlicher geworden ist; anhand des vermehrten Vorkommens von Populismen aller Art Auskünfte über eine (faktische oder unmittelbar bevorstehende) Kolonialisierung der Lebenswelt zu erhoffen, hängt als analytisches Ergebnis zu stark von hochselektiven Voraussetzungen ab. Andererseits darf eine Problematisierung der genannten „sachlichen Referenz von Sprachhandlungen“

nicht darauf hinauslaufen, das Rad bei Habermas' Verkomplizierung der Frage, wann der Sinn einer Handlung hinreichend bestimmt sei, einfach wieder auf nur eine Geltungsdimension (vermeintlich) objektiver Bezüge zurückzudrehen.¹⁹

Das Erschwerende ist vielmehr einerseits, dass die Handlung im Sinne ihrer Materialität dem Namen nach formalpragmatisch berücksichtigt wird. Man liest von „Körperbewegungen und Operationen, die in Handlungen mitvollzogen werden“, zugleich aber auch, diese seien „Element einer Handlung, aber keine Handlung.“ Das Problem liegt in ihrer Einstufung als „sekundär“ und eher begleitend (im Sinne von operativ vernachlässigbar). Wie sie konstitutiv in die Sinnhaftigkeit einer Handlung eingreifen, lässt sich nur errahnen. Andererseits läuft die Heraushebung der konstitutiven Charakteristik des „dritten Registers der Handlungsbestimmung“ (Renn) eben nicht darauf hinaus, dass Habermas' Befund einer relativen „Unselbstständigkeit“ durchzustreichen wäre (um so womöglich einer positivistischen Beschreibung der praktischen Eingelassenheit in die Welt den Weg zu ebnen). Es kommt nicht unbedingt nur darauf an, welche der an der Identifikation der Einheit der Handlung beteiligten Perspektiven („Register“) „selbstständig“ sind und welche nicht. Das sich jeder positiven Beschreibung systematisch Entziehende beim Vollzug (was für sich allerdings nicht übersprungen werden kann) legt vielmehr nahe, den Schwerpunkt auf die

¹⁷ Gemeint ist natürlich nicht eine beliebige, „bunte“ Umwertung, sondern eine Aneignungsqualität von Handlungsvorgaben, wie sie Hans Joas in der Kreativität des Handelns beschrieben hat.

¹⁸ Es muss „re-spezifiziert“ werden, die vorläufige Spezifizierung durch die rechtlichen Vorschriften müssen erneut im Lichte der Situation „re-embedded“ werden; Anwesende müssen in der Lage sein, die Aufforderungen im Zuge der Imperative in nicht implizierte und dennoch „angemessene“ materielle Tätigkeiten zu überführen.

¹⁹ Darum ist die öffentlichkeitswirksame Diskussion um „fake news“, „alternative Fakten“ müßig.

Vermeidung der (theoretischen) Marginalisierung der materiellen Tätigkeit zu legen.²⁰ Nur so – kurz gesagt – eröffnet (sich) die soziologische Analyse gewissermaßen begrifflich hinreichend den Spielraum, sowohl die Frage des „Anschlusses“ auf eine diesem Anschluss gebührende Weise auf eine praktische Fähigkeit zulaufen zu lassen, die es erlaubt, abstrakte Vorgaben unter Umständen materialiter in (un-)angemessene Reaktionen „umzusetzen“; als auch zu betonen, dass diese „Fähigkeit“ bzw. der Vorbehalt, diese berücksichtigen zu müssen, der differenzierungstheoretischen Bezugsproblematik geschuldet ist – und allein deshalb nicht in eine universalistische Theorie der Kompetenz, Disposition etc. münden kann (vgl. dazu u.a. Renn 2006: 244 f.).²¹

Umgekehrt heißt das, dass die Rahmung einer Populismus-Deutung im Lichte einer möglichen „Kolonialisierung der Lebenswelt“ nicht per se hinfällig ist. Es heißt aber, dass bezüglich dessen, was hinsichtlich der Kolonialisierung avisiert gewesen ist, zunächst als etwas spezifisch anderes gezeichnet werden muss. „Sie“ beginnt nicht erst dann, wenn institutionalisierte, verselbstständigte Konfliktlösungen derart hohe Exklusivitätsansprüche anmelden, dass sich die Abwicklung des Alltags auf den Umgang mit diesen Ansprüchen beschränkt. Unsicherheitsreduktion verlangt vielmehr bereits auf rudimentärer Stufe der Sinnverdichtung, dass Zeichengeber Absicherungen abstrahierender Art verwenden, so dass die potentiell überdeterminierte Zeichenhaftigkeit der Bewegungen und des Sprechens in habituell vereindeutigender Weise gesichert wird.²² Andererseits endet die Verwirklichung von Kolonialisierung nicht schon da, wo Empfängerkontexte funktionaler Entlastungen quasi im Unwissen ihrer (verdeckt) strategischen Ausrichtung, diesen funktionalen Entlastungen mehr zutrauen, als es mit Bezug auf die Integration des „Ganzen“ der Fall ist. Selbst bei extrem „asymmetrischer Übersetzung“ (vgl. Renn 2006:

467 ff.) hat die Quasi-Selbst-Aufgabe noch immer den Charakter einer die Grenzen (zwischen Bedeutungshorizonten) erhaltenden Charakteristik, in dem die „Translate“ der Empfängerkontexte in einer Art vorauseilendem Gehorsam die eigenen Leistungen der Respezifizierung an das Prinzip einer linearen Übertragung der Bedeutung angleichen.²³

Für die theoretische Beschreibung ist diese Unterscheidung zwischen Ersetzung und (potentiell asymmetrischer) Übersetzung entscheidend, da ansonsten das strukturelle Problem komplexer Übersetzungsverhältnisse vom grellen Fall

²⁰ Für die praktische Integration der Handlung ist die Gleichrangigkeit des intentionalen, semantischen und eben materiellen Horizonts des Handelns entscheidend. Für eine Methodologie der Übersetzungstheorie heißt das, dass eben deshalb weder die kausale, noch die intentionale, noch die funktionalistisch-strukturelle Erklärungsperspektive für sich alleinige Zuständigkeit für die jeweilig anderen Perspektiven beanspruchen kann: „Die kausale, die intentionale und eine strukturalistisch-funktionale Handlungserklärung widmen sich gleichsam arbeitsteilig den differenten Registern der Bestimmung der Einheit einer Handlung.“ (Renn 2006: 220)

²¹ Im Prinzip teilt Habermas die darin liegende Skepsis gegenüber der Abnabelung der differenzierungstheoretischen Bezugsproblematik zum Beispiel im Rahmen einer sozialphänomenologischen Sozialtheorie. Ausgangspunkt der Theorie des kommunikativen Handelns ist ja geradezu, dass die Differenz zwischen System und Lebenswelt sich der Beschreibung dieses Problems durch eine der betroffenen Perspektiven systematisch entzieht. Bei Luhmann tritt die epistemologische Problematik als „Paradoxie der Beschreibung des Ganzen durch eines seiner Teile“ dann in zugespitzter Form zu Tage. Auch in der Übersetzungstheorie liegt der zentrale theoretische Ausgangspunkt beim „Integrationsproblem zweiter Ordnung“. Dieses verkürzen allerdings beide genannten Autoren – Habermas wie Luhmann – auf je verschiedene Weise: Bei Habermas greift eine raffinierte Fassung der normativen Integration (durch das Festhalten am Prinzip der Einholbarkeit des Ganzen – wenn auch nur als regulative Idee); bei Luhmann wird das Problem durch Terminologisierung von operativer Geschlossenheit bei vorhandener struktureller Gekoppeltheit der jeweiligen System-Umwelt-Perspektiven auf eine „lediglich“ pluralisierte Fassung der Innen-Außen-Dichotomie ausgedünnt, die auch schon Schütz (unter anderen Vorzeichen) umtrieb.

²² Vgl. dazu die Ausführungen von Bourdieu (1979); mit stärker sinn-evolutionären Anspruch: Renn 2017.

²³ Gerade diese Unterscheidung zwischen einer Ersetzung bzw. Ersetzbarkeit und Übersetzung, erlaubt es, theoretisch die „Möglichkeit, asymmetrische (dysfunktionale, ineffektive oder auch: „ungerechte“) Übersetzungen, bei denen Grenzen erhalten bleiben, von Entdifferenzierungen zu unterscheiden“ (Renn 2006: 469).

kollabierter Grenzbeziehungen überstrahlt wird. Diese strukturelle Problem besteht darin, „dass sich das praktische Wissen nicht zu umfassenden und zuverlässigen Milieus aggregieren kann, an die die Aufgabe der Respezifikation dauerhaft und flächendeckend formstabil delegiert werden könnte“ (Renn 2006: 469). Die Einheit, die Milieus „organisch“ verbindet, ist ein (theoretisches) Artefakt.

Wo und wie die Respezifikation stattfindet, kann die abstrakte Koordination des Handelns im selben Sinne weder determinieren, noch überbrücken. Im Gegenteil: Gerade aufgrund der Unverfügbarkeit bzw. Nicht-Generalisierbarkeit der Anwendungsprinzipien geht die kulturelle Differenzierung nicht mit der Spezifizierung bzw. Abstrahierung der Prinzipien einher, über die ein Milieu sich reproduziert, sondern dadurch, dass diese Milieus sich als Milieus weiter verzweigen. (ebd.)

Das für die Kulturkritik und die Theorie der Modernisierung so wichtige Motiv der „Enttraditionalisierung“ erfährt deshalb eine anders konnotierte Fassung. Während üblicherweise zwar zurecht betont wird, dass in modernen Verhältnissen die Gewährleistung generalisierter Erwartungssicherheit entscheidend ist, kann auf Seiten der „Implementation“ nicht mehr davon ausgegangen werden, dass sich hinter der praktischen Bestätigung der Beteiligten (das Gegenüber kennt und anerkennt das Recht und seine Folgen) durch ein einheitliches, homogenes „Milieu“ gestützt wird. Übersetzungstheoretisch liegen die Dinge leicht verschoben, insofern lediglich ein „Wechsel der typischen Konstellation von Integrationseinheiten“ (Renn 2006: 469, Herv. i.O.) in Anschlag gebracht wird. Medien von Systemen und Organisationen wirken nicht ungebrochen („kolonialisierend“) in Milieus und Personen hinein und ersetzen so die traditionale Gebundenheit

des Einzelnen an die konkrete Gemeinschaft (was entfremdungssensible Perspektiven genau notieren). Dass Personen sich dennoch „nur“ begegnen können als Mitglieder, als Klienten, als Staatsbürger etc. hat eher etwas mit den „Translaten“ zu tun, die wie resonante Klangkörper der externen Medien abstrakter Integration nachgebildet sind, und in dem Sinne einerseits hochgradig abhängig sind, andererseits nur in intentional transponierter Tonart wirksam werden.

An dieser Stelle liegt zum einen die analytische Möglichkeit, Herrschaftsausübung als Form asymmetrischer Übersetzung(en) zu rekonstruieren (vgl. Renn 2006: 471). Sie ließen sich dahingehend typologisieren, je nachdem, inwieweit sie noch erkennen lassen, Translate, also Ermöglichungsbedingung für die Respezifikation zu sein. Zum anderen eröffnet aber genau diese analytische Möglichkeit, die Reaktionen der üblicherweise blassen, zurückgedrängten Milieus ins Auge zu fassen, sowie deren (mögliche) Verhärtung an der Stelle der Alleinzuständigkeit für personale Integration zu registrieren. So ließe sich eine Rekonstruktion anstoßen, die die klassische Asymmetrisierung quasi „umzukehren“ erlaubt: Insofern die Medien abstrakter Integration zunehmend um ihre Respezifikationen bangen müssen, könnte auf Seiten der Organisationen und Systeme eine Entwicklung einsetzen, die ihre weitaus größere pragmatische Reichweite aufgrund des Drucks „von unten“ an die Grenze von Milieus assimiliert. Insofern die Gleichsinnigkeit des praktischen Wissens u.a. im Falle geselliger Interaktion gewährleistet, dass Personen über dieselben Witze lachen können (vgl. dazu etwa: Collins 2012), ließe sich der Versuch, in öffentlichen politischen Reden vor allem über diese Form zu punkten, durchaus so werten, als sei der offensive Versuch gestartet worden, die Leistungen politischen Kommunikation durch am Ende doch nur einen praktischen Horizont zu ersetzen oder zumindest

die politische Kommunikation in asymmetrische Verhältnisse zu zwingen.

Der methodologische Vorschlag, bei Sprachhandlungen anzusetzen, wenn es um die Analyse von z.B. Populismus geht, würde ungeahnte Aktualität erfahren. Wenn das gesprochene Wort in seiner typisch elliptischen Erscheinungsform nicht mehr dafür steht, dass die Verständigung bereits durch entsprechende Hintergrundannahmen gesichert ist, Selbst-Korrekturen beim Sprechen im Prinzip nur der Gewährleistung dieser gemeinsamen Basis dienen; wenn also für den Begriff sprachlicher Bedeutung bzw. des Sinn des Handelns das „Indexikalische“ systematisch bedeutsam werden kann (als Beteiligung eines nicht-generalisierbaren Wissens, des Impliziten), dann stehen umgekehrt die Äußerungen (z.B. Trumps) zunächst für geleistete Respezifikationen; sie weisen hin auf einen „latenten“ Sinn (Renn 2018), der den Sachverhalt als Fall einer bestimmten Konstellation von Integrationseinheiten zu erschließen nahelegt. Und das würde wiederum erlauben, die Frage, wo der „neue“ Populismus liegt, ins Zentrum einer Erklärung zu rücken, in der eine „Kolonialisierung des Politischen“ (in und durch die übersetzungstheoretisch revidierte Lesart) wahrscheinlich ist.

Literatur

- Austin, J. L. (1962): *How to do things with words*. Cambridge: Mass.
- Bourdieu, P. (1979): *Entwurf einer Theorie der Praxis*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (2004): *Über einige Eigenschaften von Feldern*. In: ders. *Soziologische Fragen*. Frankfurt: Suhrkamp, S. 107-114.
- Bourdieu, P. (2009): *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*. In: Heike Solga et al. (Hg.): *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt/Main: Campus-Verlag, S. 111–126.
- Brunkhorst, H. (1997): *Solidarität unter Fremden*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Collins, H. (2012): *Drei Arten impliziten Wissens*. In: Jens Loenhoff: *Implizites Wissen*, Weilerswist: Tenbrück, S. 91-107.
- Houellebecq, M. (2019): *Donald Trump Is a Good President*. Harper Magazine, online: <https://harpers.org/archive/2019/01/donald-trump-is-a-good-president/> (11.11.2019)
- McWhorter, J. (2017): *How to Listen to Donald Trump Every Day for Years?* Online: <https://www.nytimes.com/2017/01/21/opinion/sunday/how-to-listen-to-donald-trump-every-day-for-years.html> (11.11.2019)
- Renn, J. (2006): *Übersetzungsverhältnisse*. Weilerswist: Tenbrück.
- Renn, J. (2013): *Praktische Gewissheit und die Rationalität zweiter Ordnung*. ZTS. 1, S. 56-81.
- Renn, J. (2018): *Makroanalytische Tiefenhermeneutik*. In: Müller/Zimmermann: *Milieu – revisited*, S. 157-246.
- Habermas, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns II*. Suhrkamp: Frankfurt.
- Habermas, J. (2013): *Demokratie oder Kapitalismus*. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2013: 59-70. IfS Working.

Populismus und Sexismus

Sebastian Stockmann

Populismus: zwischen Privilegierten und weniger Privilegierten

Der Begriff Populismus findet seinen Ursprung im Lateinischen und leitet sich von „populus“, das Volk, ab (Stowasser 2006: 390). Somit steckt im Kern von Populismus als Begriff erst einmal nur das Volk. Inwieweit sich nun gesellschaftliche Ideologien, Verhältnisse, Kategorisierungen, Ideen etc. damit verknüpfen lassen, hängt von der gewählten Perspektive ab. Bereits seit einigen Jahren bildet sich Populismus als diskursiver Untersuchungsgegenstand heraus, zu dem verschiedene interdisziplinäre Erklärungsansätze bestehen (von Beyme 2018: 10 ff.; Priester 2012: 3 ff.; siehe Görge in diesem Band). So schreibt der Populismusforscher Klaus von Beyme in Anlehnung an die englische Politikwissenschaftlerin Margaret Canovan (2006) und die Soziologin Karin Priester (2012; 2017) „alle Versuche einer generellen Populismustheorie [sind] gescheitert“ (von Beyme 2018: 47; Spier 2014). Der niederländische Politikwissenschaftler und Populismusforscher Cas Mudde versteht unter Populismus eine Ideologie, die Gesellschaft antagonistisch in eine korrupte Elite und ein reines Volk unterteilt (Mudde 2004). Karin Priester (2012; 2017) greift den ideologischen Antagonismus von Mudde auf und bezieht sich aus handlungstheoretischer Perspektive auf den Common Sense – weitestgehend verstanden als gesunder Menschenverstand –, in dem sich ein „Machtkampf“ zwischen „Volk“ und „Elite“ bzw. zwischen weniger Privilegierten und Privilegierten

ausficht (Priester 2012: 3 f.) und den sich Populistinnen und Populisten zu Nutze machen. Dieser Machtkampf gründet sich auf ein offenes Verständnis des Common Sense, als des Volkes und damit lebensweltlicher und gesunder Verstand, der darin vor allem ein allgemeines Aufbegehren gegen korrupte politische und wirtschaftliche Zustände, bürokratische Hindernisse und politische Machteliten versteht (ebd.: 4 f.; Richter 2016).

Bedeutsam dabei ist, dass dieses Aufbegehren letztlich von Einzelnen – und weniger von einem allgemeinen Menschenverstand, noch von einer Allgemeinheit des Volkes – ausgeht, die sich dennoch als Sprechorgan des Volkes und somit als Vertretende des Volkswillens – ergo auf Basis eines Common Sense – präsentieren (Richter 2016: 83 f.). Der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller beschreibt dies folgendermaßen:

„»Wir sind das Volk!« Sie meinen jedoch – und dies ist stets eine moralische, keine empirische Aussage (und dabei gleichzeitig eine politische Kampfansage): »Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk.« Damit werden alle, die anders denken, ob nun Gegendemonstranten auf der Straße oder Abgeordnete im Bundestag, als illegitim abgestempelt, ganz unabhängig davon, mit wie viel Prozent der Stimmen ein offizieller Volksvertreter ins Hohe Haus gewählt wurde.“ (Müller 2016: 18 f.)

Sich als diejenigen zu verstehen, die vorgeben den Common Sense als Wille des Volkes darzustellen, verläuft entlang verschiedener Mechanismen. So

spiegelt sich in der scheinbaren Kollektivierung „Wir sind das Volk!“ (ebd.) besonders auch die Performanz, also auf welche Art und Weise sie sich darstellen, wider. Diese manifestiert sich in der Polarisierung der eigenen gegenüber anderen Perspektiven: das „Wir“ stellt sich dabei „den Anderen“ als alle anders Denkenden gegenüber und zielt auf die Konstruktion konträrer, gar gegnerischer und gleichzeitig absoluter, eindeutiger Positionen ab (ebd.: 18 ff.).

In diesem Auftreten geht es nicht um eine rationale Darstellung bzw. Umsetzung des Common Sense, der bspw. auf (statistisch belegbare) Missstände hinausläuft. Vielmehr zeigt sich darin ein impulsives Spiel mit Emotionen: das bedeutet, dass Einzelne in der Lage sind, emotionale Stimmungen aus dem Volk zu rekonstruieren und für sich in einem politischen Sinne nutzbar zu machen, indem sie vor allem auf mögliche Sorgen, Ängste und Befürchtungen vermeintlich rechtschaffener Minderheiten abzielen, die sich benachteiligt und abgehängt fühlen. Gleichzeitig verbirgt sich dahinter, dass auch genau von diesen Einzelnen erst destruktive Stimmungsbilder erzeugt werden, die wiederum Ängste und Sorgen verstärken und sogar neue schaffen (Diehl 2018: 92). Demgegenüber steht eine gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Debatte, die sich ihrem Anspruch nach auf theoretische und empirisch belegbare Fakten und Zahlen gründet und sich daran nachzeichnen und messen lässt. Erst damit wird gewährleistet, dass zum Beispiel weitläufige Entscheidungen einer wissenschaftlich-kritischen Ratio folgen, bei der dann ggf. pauschalisierende Eindrücke Einzelner unterbunden werden.

Nun wäre es zu kurz gegriffen, populistisches Vorgehen allein auf das Erzeugen von Stimmungsbildern und Ausnutzen vermeintlicher Emotionen zu reduzieren (Müller 2016: 20 f.). Dennoch können mit „Emotionen“ und Stimmungsbildern, in

denen die Betonung der gefühlten Wahrheit im Vordergrund steht, mitunter genau die Gruppen in einer Bevölkerung erreicht werden, die sich sonst nicht oder nur teilweise politisch anerkannt und ernst genommen fühlen. Im populistischen Sinne lässt es sich nämlich weiter ausführen, dass es vor allem darauf ankommt, das Dazwischen zweier Positionen, als Kluft zwischen den herrschenden Machteliten und den weniger Privilegierten, herauszustellen. Dieser Zwischenraum zwischen Elite und Volk wird dabei so weit wie möglich geöffnet, bis sich letztendlich nur noch zwei antagonistische Pole gegenüberstehen, anhand dieser erst Differenzen, Konflikte und Missstände in einer Gesellschaft deutlich werden (Priester 2012: 4).

Im Folgenden wird eher essayistisch und ausgehend von einer handlungstheoretischen Perspektive auf Populismus danach gefragt, inwieweit sich Populismus als ein Instrument darstellt, das sich verschiedene Thematiken wie Sexismus und sexuelle Gewalt¹ so zu Nutze machen kann, dass Feindbilder durch ein scheinbar altruistisches Motiv der Aufrechterhaltung „deutscher“ Werte und Normen erzeugt werden können.

Rechtspopulismus

Populismus wird in der medialen Öffentlichkeit sowie in politischen und gesellschaftlichen

¹ In diesem Beitrag geht es nicht um die Begriffsklärungen von Sexismus, sexueller und sexualisierter Gewalt, sondern vielmehr um die Art und Weise, wie sie im populistischen Sinne dargestellt werden. So werden die Begriffe im Folgenden nicht synonym, aber aufeinander verweisend behandelt. Für ein besseres Verständnis lassen sich die Begriffe folgendermaßen beschreiben: Sexismus umfasst verschiedene Diskriminierungsformen aufgrund des biologischen Geschlechts, wie Herabwürdigung oder Benachteiligung. Sexuelle Gewalt dagegen versteht ein triebhaftes Ausleben sexueller Bedürfnisse, das mit Gewalt durchgesetzt wird. Unter sexualisierter Gewalt wird weitestgehend eine Machtausübung und Dominanz – mitunter durch sexuelle Gewalt – gegenüber Schwächeren als Erniedrigungsform definiert. Ausführlichere Klärungen dazu finden sich bspw. bei Helfferich et al. (2016: 1-9).

Debatten vor allem in Zusammenhang mit rechten Bewegungen diskutiert (von Beyme 2018: 13 f.). Auch wenn Populismus in der politischen Landschaft Europas vor allem seit den 1970er Jahren Geltung findet, gewann er gegenwärtig im Zuge eines gesellschaftlichen Rechtsrucks nach den politischen Wahlen in Frankreich (2015), Großbritannien (2016), Österreich (2017), Deutschland (2017) und Italien (2018) sowie durch die Ministerpräsidenten Viktor Orban in Ungarn, Jaroslaw Kaczynski in Polen und Robert Fico in der Slowakei, um nur ein paar Namen zu nennen, wieder an öffentlicher Aufmerksamkeit (Müller 2016: 9). Seit Jahren entwickeln sich zudem rechtspopulistische Bewegungen zu gewichtigen Akteuren in politischen Feldern und sind Teil der Regierungen Spaniens, Italiens und Frankreichs. Mit den Bundestagswahlen 2017 zogen sie auch in Form der Partei Alternative für Deutschland (AfD) in Deutschland in den Bundestag ein (Ivaldi 2017: 123).

Es sind gerade rechte Parteien wie die umbenannte *Rassemblement National* – ehemals *Front National* – die AfD sowie rechte „Bewegungen“ wie bspw. der *Bloc Identitaire* in Frankreich, die *Identitäre Bewegung* in Österreich und Deutschland sowie gleichzeitig Veränderungen in der politischen Landschaft Europas, wie der Brexit, die politische und gesellschaftliche Befürchtungen einer Heterogenisierung und damit verbunden einem Verlust eigener Werte schüren und als ihren Schauplatz nutzen (von Beyme 2018: 71; Hentges et al. 2017: 15 f.). Daneben stellten auf internationaler Ebene die amerikanischen Präsidentschaftswahlen Ende des Jahres 2016 und die Ernennung von Donald Trump zum Präsidenten der USA einen Höhepunkt dieser Entwicklung dar (Camus 2017: 233 f.; Plehwe 2017: 249 f.; Diehl 2018: 87 ff.).

Merkmale rechtspopulistischer Bewegungen,

Gruppen und Parteien spiegeln sich neben ihren – rechten – inhaltlichen Ansichten auch in der Performanz, der Art und Weise ihres öffentlichen – populistischen – Auftretens wider, das sich vor allem in einem inszenierten Aufbegehren gegenüber vorherrschenden politischen Zuständen ausdrückt. Unter anderen führt Benjamin Moffitt (2016) dies auf eine einfache und rüde Rhetorik sowie die Anrufung des Volkes gegen die vermeintliche Elite zurück: bspw. wird die Debatte über eine starke Zuwanderung in Deutschland, die mitunter als Flüchtlings-“Krise“ dargestellt wird, und die daraus resultierende Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und Europa zur politischen Agenda seitens der AfD erhoben. Nationalstaatliche Interessen, Identitäten und Kulturen werden als zu bewahrende Werte und Normen betont. Diese gilt es zu verteidigen und vor einem Zerfall und Verlust durch äußere Einflüsse, wie sie gegenwärtig Zugewanderte und Geflüchtete darstellen sollen und die einer Islamisierung Europas – (mit)verursacht durch die Europäische Union und ihre Politik – Vorschub leisten würde, zu schützen (Ivaldi 2017: 127 f.; Gadinger 2019: 135 f.).

Bei all dem zeigt sich Populismus als etwas, das in seiner zugespitzten Inszenierung gerade dann seine Wirkung entfaltet, wenn damit vermeintliche Ängste und Sorgen der Bevölkerung medial ausgespielt werden. Exemplarisch für eine rechtspopulistische und emotionale Themenwahl ist die Kölner Silvesternacht 2015/16, in der das Feindbild der Zugewanderten besonders stark instrumentalisiert wurde, nachdem eine Vielzahl von Frauen angegeben hatte, von (sexuellen) Übergriffen betroffen gewesen zu sein (Werthschulte 2017; Plehwe 2017: 256). Diese Instrumentalisierung drückte sich auch noch in der Wahlkampagne der AfD 2017 aus, in der Bedrohungsszenarien von (sexuellen) Übergriffen gegenüber eigenen Töchtern plakativ verbreitet wurden, indem Wahlplakate

zum einen mit einem lachenden blonden Mädchen vor dem Hintergrund des Kölner Doms zu sehen sind und den Slogan tragen: „Mit 18 freut sich Lili noch mehr, dass ihre Eltern AfD gewählt haben“. Zum anderen gibt es auch Plakate, die eine vermeintlich in Not geratene Jugendliche vor dem Hintergrund einer schemenhaft dargestellten Gruppe junger Männer zeigen und als Slogan „Köln-Essen-Bochum-Düsseldorf ... Mehr Sicherheit für unsere Frauen und Töchter!“ transportieren (Gadinger 2019: 140 f.).

(Rechts-)Populismus und Sexismus

In der folgenden Verschränkung von Populismus und Sexismus geht es um ein potenzielles sich Nutzbarmachen von Thematiken, die eine besonders große mediale Aufmerksamkeit generieren und somit für populistische Zwecke äußerst fruchtbar sind. Unter einer Vielzahl an möglichen medialen Themenfeldern zeigen sich vor allem folgende, die als rechtspopulistische Narrative im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen zu Kriminalität (Diebstahl, Körperverletzung etc.), Erwerbstätigkeit (Wegnahme von Arbeitsplätzen bzw. Bezug sozialer Leistungen etc.) und Religion (Islamisierung etc.) stehen (Müller 2019: 4-9; Diehl 2018: 89-91). Im Zuge der vermeintlichen Gefahr einer Übernahme des Okzidents durch den Orient ist im populistischen Sinne besonders die Thematik Sexismus und sexuelle Gewalt von Relevanz, wie es bereits das Beispiel der Kölner Silvesternacht nahelegte.

Bei Sexismus handelt es sich um einen Eingriff in die Intimsphäre, die es zu bewahren gilt und die nach wie vor ein gesellschaftliches Tabuthema darstellt (Abmeier 2012: 41). Gerade die Aushandlung darüber, was Sexismus bzw. sexistisch ist und was nicht, beinhaltet eine Vielzahl gesellschaftlicher Werte und Moralvorstellungen

und ist darüber hinaus eng an normative Geschlechterrollen, daraus resultierende Stereotypen und geschlechterspezifische Differenzierungen geknüpft. Daraus ergeben sich weitere vielfältige Anknüpfungspunkte sowie mögliche populistische Narrative. In diesem Beitrag darf aber nicht der Eindruck entstehen, Sexismus und sexuelle Übergriffe zu verharmlosen und als populistisches Thema abzutun. Im Gegenteil geht es darum, zu verdeutlichen, wie gerade durch populistische Stimmungsmache Fälle von Sexismus und sexueller Übergriffe pauschalisiert, unmittelbar Betroffene nicht ernst und Unschuldige vorschnell verurteilt werden.

Das alles wird deutlich, wenn man den medialen Diskurs zu Sexismus und sexueller Gewalt der letzten Jahre beobachtet. Mitunter am Bekanntesten dürfte die #MeToo Kampagne sein, die 2017 durch die amerikanische Schauspielerin Alyssa Milano über soziale Medien weltweite Aufmerksamkeit und Verbreitung fand und anfangs sexuelle Übergriffe gegen Frauen in Hollywood thematisiert und damit sichtbar macht. Ursprünglich geht das Hashtag auf die Amerikanerin Tarana Burke zurück, die bereits seit 2006 auf sexuelle Übergriffe gegenüber Afroamerikanerinnen hinweist (Spiegel 2018). Es zeigt sich besonders in der massenmedialen Berichterstattung eine stereotype Verteilung von Frauen als Opfer und Männern als Täter sexueller Gewalt (Lamnek 2013: 20 ff.). Verstärkt oder möglicherweise ergänzt wird dieses Bild durch weitere Befürchtungen, wie sie im Zuge der Flüchtlingsbewegungen in Deutschland und Europa entstanden, dass nämlich insbesondere männliche Geflüchtete Frauen und Kinder vergewaltigen würden (Bolz/Jolmes 2015). Da diese Aussagen besonders über die Kanäle medialer Berichterstattung transportiert und unter Umständen sogar forciert und damit reproduziert werden, lassen sie sich folglich für populistische Zwecke fruchtbar machen, auch wenn Gegenperspektiven

und -argumente dabei nicht ausbleiben.

Als populistisches Thema geht es nämlich dabei weniger, gar kaum um nachweisbare Fakten und Wahrheiten, sondern um Stimmungsbilder, ein Generieren von Aufmerksamkeit und ein sich Nutzbarmachen von Emotionen. Daraus kann unter Umständen auch eine Symbiose entstehen, in der Massenmedien und Populist*innen sich in Hinblick auf Aufmerksamkeit und Reichweite gegenseitig begünstigen (Diehl 2018: 93). Dabei entstehen trotz allem auch dahingehend positive Effekte, dass bestimmte außer Acht gelassene Themen angesprochen werden und darüber in den Fokus öffentlichen Interesses rücken. Am Beispiel der Anfänge von #Metoo wird dennoch deutlich, wie eine Debatte zu Sexismus auch populistisch instrumentalisiert werden kann, indem mit Klischees und Stereotypen denunzierter Opfer und von (ausländischen) Tätern provoziert wird, um dadurch ein Mehr an Aufmerksamkeit sowie Reichweite zu generieren (ebd.).

Doch auch hier spielen die spezifischen Inhalte insofern eine Rolle, als dass sie polarisieren, moralisieren und so in extremen Fällen zu (politischer) Hetze führen können. Dies wird bspw. am Fall Susanna F. aus Mainz deutlich, in dem ein minderjähriges Mädchen von einem jungen Geflüchteten vergewaltigt und ermordet wurde und eine rechtspopulistische Gruppenbildung in Gang setzte, die gegen Flüchtlingsunterkünfte hetzte und Abschiebungen aller männlichen Geflüchteten – in gleichem und ähnlichem Alter – forderte (Reckmann 2019). Auch die Ausschreitungen und Verfolgungen von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund nach einer Messerstecherei in Chemnitz, bei der es einen Toten und zwei Schwerverletzte gab, wurden durch diverse Falschmeldungen zu Tätern, sexuellen Übergriffen und weiteren Angriffen durch Geflüchtete von Rechtsextremen angestiftet. Dabei herrschte

lange Unklarheit darüber, in welchem Ausmaß es tatsächlich zu Hetzjagden und Verfolgungen gegenüber ausländisch Aussehenden gekommen ist (Stern 2018).

Das Problem, das daraus entspringt, spiegelt sich in der notwendigen, aber scheinbar unauflösbaren Kontroverse wider, die entsteht, wenn sich eine populistische Position manifestiert, die sich in ihren Aussagen und Argumenten auf einen Common Sense als vorherrschender Menschenverstand bzw. Wille des Volkes – und sei es eben nur einer vermeintlichen Minderheit – bezieht. Mit dem vermeintlichen Volkswillen (Common Sense) als Ausgangsbasis wird ein Argument zurechtgelegt, das es nicht zu erklären bedarf, da es sich unmittelbar auf das Volk – oder auch nur einen Teil, eine Minderheit – bezieht (Diehl 2018: 92). Daraus ergibt sich eine Immunität gegenüber anderen politischen Perspektiven sowie wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen, die nur schwer – wenn überhaupt – zu überwinden ist. Der Bruch zwischen den beiden antagonistischen Seiten wird dadurch zunehmend größer. Populismus als Handlungsinstrument zeichnet sich gerade dadurch aus, indem Polarisierungen dieser Art gegensätzliche Positionen so weit auseinanderzerren, bis eine unüberwindbare Differenz entsteht. So werden am Beispiel Sexismus und seiner massenmedialen Darstellung Bevölkerungsgruppen aufgrund ihres (biologischen) Geschlechts und ihrer Herkunft zu Opfern und Tätern stigmatisiert, wie es im Fall in Mainz alle jungen Geflüchteten betraf, obwohl es an Belegen und Fakten fehlt bzw. gegenteilige vorliegen (Bolz/Jolmes 2015; Lamnek 2007). Ebenso steigt das Risiko Übergriffe jeglicher Art undifferenziert zu behandeln sowie als sexuelle und sexualisierte Gewalt zu pauschalisieren. Auch bei Verdachtsfällen zeigt sich ein Hang zum Aktionismus, wie es die Situation in Chemnitz verdeutlicht, indem vorschnell gesellschaftliche Meinungen und politische Urteile

getroffen werden, bevor über das Rechtssystem gültige Urteile gefällt werden können. Selbst im Anschluss an rechtskräftige Entscheidungen steht die gefühlte Wahrheit auch weiterhin über dem Vertrauen und Glauben in die justizielle Rechtsprechung und besonders auch dann, wenn sich die Entscheidung gegen diese Wahrheit richtete und bspw. das Verfahren eingestellt werden musste oder Freisprüche das Resultat waren (Reckmann 2019; Herrmann 2019: 149 ff.). Gerade die Fülle an Kommunikationsmöglichkeiten via Internet in Form von Blogs, Twitter und weiterer Sozialer Medien eröffnet schnelle und weitläufige Kanäle öffentlicher Aufmerksamkeitsgenerierung und -manipulation (Diehl 2012; 2018: 92 ff.).

Schluss

Populismus lässt sich per se erst einmal neutral beschreiben: In seinem Kern folgt er basisdemokratischen Impulsen und bietet einen Rahmen für Neues und politische Reformen (Leggewie 2018: 70). Veraltetes zu erneuern und Bestehendes umzuwälzen bedeutet allerdings auch etablierte Machtpositionen in Frage zu stellen. Machtpositionen werden allerdings in der Regel nicht umstands- oder kampfflos aufgegeben, woraus sich ein fortwährender Machtkampf zwischen Herrschenden und Aufstrebenden ergibt: die Partei Alternative für Deutschland konstruierte sich bspw. in ihrer ursprünglichen Argumentation als Stellvertreterin einer Minderheit, die einen ökonomischen Kampf gegen die politische Elite aufgenommen hat (Hentges et al. 2017: 10 f.). Wer dieser Minderheit zugehörig ist und inwieweit tatsächlich von einer Minderheit gesprochen werden kann, ist, wenn die weitere Entwicklung in den Blick genommen wird, für die Partei aber genauso wenig von Belang wie potenzielle Problemlösungen und fundierte Gegenargumente. Am Ende steht eine Generierung von Aufmerksamkeit und

Reichweite, die letztlich nur von kurzer Dauer sein kann, bezieht sie sich doch vor allem nur auf das Erzeugen von Stimmungsbildern und Emotionen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Populismus etwas darstellt, das sich aus einer handlungstheoretischen Perspektive als strategisches Instrument untersuchen und sich im gegenwärtigen Verständnis am Ehesten als volksnaher (politischer) Stil (Mudde/Rovira Klatwasser 2019: 23 f.) oder auch als „eine Art, Politik zu betreiben, die an verschiedenen Orten unterschiedliche ideologische Formen annehmen kann und mit einer Vielzahl institutioneller Rahmenbedingungen kompatibel ist“ (Mouffe 2019: 21), einordnen lässt. Vor dem Hintergrund der Frage nach Populismus als ein Instrument, das sich Themen wie Sexismus und sexuelle Gewalt zu Nutze macht und mithilfe massenmedialer Berichterstattung polarisierende Bedrohungsszenarien durch Feindbilder verbreitet, zeigen sich folgende Ergebnisse: Erstens lässt sich Populismus als ein Handlungsinstrument beschreiben, indem auf Basis des Common Sense gewisse politische Vertreter*innen bestimmte (emotionsgeladene) Themen herausheben, die ein öffentliches Interesse mit sich bringen und sich medienwirksam weiter ausbauen lassen. Zweitens lassen sich diese Themen nicht nur medienwirksam streuen, sondern es bedingen sich auch Populistinnen und Populisten und gewisse journalistische Formate gegenseitig, indem sie Inhalte und Plattformen füreinander bereithalten, um so erst Aufmerksamkeit und Reichweite herzustellen (Diehl 2018). Auf diese Weise ist es möglich, wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse außer Acht zu lassen und im populistischen Sinne den Common Sense als Wille des Volkes und damit als schwerlich zu widerlegendem Argument wiederzugeben (Richter 2016).

Dass Populismus per se nicht mit rechten Bewegungen und Parteien – kurz: Rechts – gleichzusetzen

ist, sondern im Sinne Priesters (2012; 2017) ein dynamisches und von kulturellen Kontextbedingungen abhängiges (Macht-)Instrument darstellt, zeigt sich auch in Praktiken feministischer und linker Gruppierungen und Bewegungen (Diehl 2018: 94). Die von Sarah Wagenknecht mitinitiierte linkspopulistische Initiative „Aufstehen“ bspw., die sich Ende des Jahres 2018 gründete, versteht sich als eine urdemokratische und auf soziale Gerechtigkeit gelagerte Sammlungsbewegung linker Parteien (Linke, SPD, Bündnis90/Die Grünen). Ihr geht es vor allem um eine politische Mobilisierung und Veränderung linksgerichteter Interessen, wie bspw. Reformen zu sozialer Gerechtigkeit, die sich mitunter gegen einen Kapitalismus als vorherrschendes System richten, und die es im Bundestag durchzusetzen gilt. Ein besonderes Ziel ist es aber auch, rechten Parteien wie die AfD und rechtspopulistischen Bewegungen entgegenzutreten (Mudde/Rovira Kaltwasser 2019: 15; Balcerowiak 2019). Ein anderes Beispiel ist die Occupy-Bewegung, die, angefangen in den USA, weltweit und auch in Deutschland Zulauf fand, indem sie sich mit den Bedürfnissen des einfachen Menschen aus dem Volk befasste und dabei ausgehend von der globalen Finanzkrise um die 2010er Jahre wirtschaftliche und politische Korruption anprangerte (Hartleb 2017). Auch wenn es nicht um die Sorgen und Ängste vor kultureller Übernahme durch Fremde geht, so spielen hier dennoch Sorgen und Ängste sozialer Ungleichheit zwischen Volk und Eliten hinein. Entscheidend ist auch hier der vermeintliche Rückgriff auf die Bedürfnisse des einfachen und einzelnen Menschen, die als aus dem Volke und als Common Sense verstanden werden können (Diehl 2018).

So lassen sich auf Basis des allgemeinen Volkswillens Polarisierungen provozieren, die sich sowohl im rechtspopulistischen Sinne antipluralistisch, antidemokratisch und antielitär, als auch im linkspopulistischen Sinne antikapitalistisch, antielitär

und auch antidemokratisch darstellen, um letztlich politische Verhältnisse aufzurütteln (Hartleb 2017). Wie einem solchen Vorgehen zu begegnen ist, lässt sich vermutlich nur in intensiven, aber besonders an der Basis des Common Sense, nämlich der Bevölkerung anknüpfenden Diskussionen und Debatten klären, in denen sowohl die gefühlte Wahrheit ernst genommen, als auch fundierte Argumente aufgezeigt sowie populistische erkannt und relativiert werden. Dennoch gibt es auch konkrete Ansätze wie dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen zu begegnen ist. So fordert Chantal Mouffe (2019) in einem populistisch-absolutistischen Sinne dazu auf, dem Rechtspopulismus und der Zerstörung der Demokratie mit Linkspopulismus zu begegnen und spricht sich gar antithetisch für einen linken Populismus aus, in dem sie eine notwendige und möglicherweise die einzige Maßnahme gegenüber der Zunahme rechtspopulistischer Bewegungen sieht (ebd.: 32 f.).

Literatur

- Abmeier, K. (2012): Tabus in öffentlichen Debatten. Zur Fragwürdigkeit von verschwiegenen Bereichen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62. Jg., 5-6/2012, S. 37–42.
- Balcerowiak, R. (2019): Der vergeigte Aufbruch. Debatte zur Bewegung „Aufstehen“. Online: <https://taz.de/Debatte-zur-Bewegung-Aufstehen/!5619521/> (Abruf: 29.02.2020)
- Beyme, K. von (2018): *Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie?* Springer VS: Wiesbaden.
- Bolz, B./Jolmes, J. (2015): Deutsche Frauen: Bedroht von "lüsternen Flüchtlingen"? Online: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2015/Deutsche-Frauen-Bedroht-von-Fluechtlingen,rassismus126.html> (Abruf

- 17.11.2019).
- Camus, J.-Y. (2017): Die identitäre Bewegung oder die Konstruktion eines Mythos europäischer Ursprünge. In: Hentges, G./Nottbohm, K./Platzer, H.-W. (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog. Springer VS: Wiesbaden, S. 233–248.
- Canovan, M. (2006): Two Strategies for the Study of Populism. *Political Studies*, H. 4, 2006: S. 544–552.
- Diehl, P. (2012): Populismus und Massenmedien. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62. Jg., 5-6/2012, S. 10–15.
- Diehl, P. (2018): Rechtspopulismus und Massenmedien. In: Schellhöf, J./Reichertz, J./Heins, V./Flender, A.: *Groß Erzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Transcript: Bielefeld, S. 87–97.
- Gadinger, F. (2019): Lügenpresse, gesunder Volkskörper, tatkräftiger Macher: Erzählformen des Populismus. In: Müller, M./Precht, J. (Hrsg.): *Narrative des Populismus. Erzählmuster und -strukturen populistischer Politik*. Springer VS: Wiesbaden, S. 115–146.
- Hartleb, F. (2017): Linkspopulismus – Ein vernachlässigtes Phänomen? Online: <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/261244/linkspopulismus-ein-vernachlaessigtes-phaenomen> (Abruf: 29.02.2020).
- Helfferrich, C./Kavemann, B./Kindler, H. (2016): Einleitung. In: Helfferrich, C./Kavemann, B./Kindler, H. (Hrsg.): *Forschungsmanual Gewalt – Grundlagen der empirischen Erhebung von Gewalt in Paarbeziehungen und sexualisierter Gewalt*. Springer VS: Wiesbaden, S. 1–9.
- Hentges, G./Nottbohm, K./Platzer, H.-W. (2017): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog. Springer VS: Wiesbaden.
- Herrmann, F. (2019): Unbemerkte Botschaften. Wie Populismus in die Leitmedien einfließt. In: Müller, M./Precht, J. (Hrsg.): *Narrative des Populismus. Erzählmuster und -strukturen populistischer Politik*. Wiesbaden: Springer VS, S. 147–162.
- Ivaldi, G. (2017): Europa in der Konfrontation mit populistischen rechtsradikalen Parteien. In: Hentges, G./Nottbohm, K./Platzer, H.-W. (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog. Springer VS: Wiesbaden, S. 127–148.
- Lamnek, S. (2007): *Theorien abweichenden Verhaltens I. Klassische Ansätze*. 8. Auflage. Wilhelm Fink: Paderborn.
- Lamnek, S. (2013): *Tatort Familie*. 3. Auflage. Springer VS: Wiesbaden.
- Leggewie, C. (2018): Entkräftung und Widerstand. Wie Demokratien ermüden und wieder zu Kräften kommen. In: Schellhöf, J./Reichertz, J./Heins, V./Flender, A.: *Groß Erzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Transcript: Bielefeld, S. 69–85.
- Moffitt, B. (2016): *The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation*. Stanford: Stanford University Press.
- Mouffe, C. (2019): Für einen linken Populismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Schriftenreihe*, Band 10478.
- Mudde, C. (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition*, Vol. 39, Issue 4, S. 541–563.

- Mudde, C./Rovira Kaltwasser, C. (2019): Populismus. Eine sehr kurze Einführung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Schriftenreihe, Band 10473.
- Müller, J.-W. (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Suhrkamp: Berlin.
- Müller, M. (2019): Narrative, Erzählungen und Geschichten des Populismus. Versuch einer begrifflichen Differenzierung. In: Müller, M./Precht, J. (Hrsg.): Narrative des Populismus. Erzählmuster und -strukturen populistischer Politik. Springer VS: Wiesbaden, S. 1–10.
- Plehwe, D. (2017): „Alternative für Deutschland“, Alternativen für Europa? In: Hentges, G./Nottbohm, K./Platzer, H.-W. (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog. Springer VS: Wiesbaden, S. 249–265.
- Priester, K. (2012): Wesensmerkmale des Populismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte 62. Jg., 5-6/2012, S. 3–9.
- Priester, K. (2017): Das Syndrom des Populismus. Online: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240833/das-syndrom-des-populismus> (Abruf: 17.11.2019).
- Reckmann, M. (2019): Fall Susanna F. in Wiesbaden: In die Trauer mischte sich Hetze. Online: Frankfurter Rundschau: <https://www.fr.de/rhein-main/trauer-mischte-sich-hetze-11847581.html> (Abruf: 29.02.2020)
- Richter, E. (2016): Populismus und der gesunde Menschenverstand. Common Sense als Bezugspunkt des Volkswillens. In: Brömmel, W./König, H./Sicking, M.: Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven. Transcript: Bielefeld, S. 79–105.
- Spiegel (2018): "Wie ein rachsüchtiger Plan gegen Männer". Gründerin in Sorge um #Metoo. Online: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/metoo-gruenderin-tarana-burke-sieht-ihre-bewegung-instrumentalisiert-a-1241379.html> (Abruf: 29.02.2020).
- Spier, T. (2014): Was versteht man unter "Populismus"? Online: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/192118/was-versteht-man-unter-populismus> (Abruf: 17.11.2019)
- Stern (2018): Ein Chemnitzer berichtet: So wurde die Hetze per Whatsapp verbreitet. Online: <https://www.stern.de/panorama/gesellschaft/chemnitz--so-wurde-die-hetze-per-whatsapp-verbreitet-8234408.html> (Abruf: 29.02.2020).
- Stowasser (2006): Lateinisch-deutsches Schulwörterbuch. Oldenbourg Schulverlag: München: S. 390.
- Werthschulte, C. (2017): „Nach“ Köln ist wie „vor“ Köln. Die Silvesternacht und ihre Folgen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte 67. Jg., 1-3/2017. S. 10–17.

Die „bürgerliche Mitte“ als Resonanzraum für den Populismus der Neuen Rechten

Inken Rommel

Lange wurden rechte Orientierungen vor allem mit mangelnder (politischer) Bildung und prekären Lebenslagen in Verbindung gebracht (Kleeberg-Niepage 2012: 3, 21)¹. Sicherlich spielen Akteure dieser gesellschaftlichen Milieus auch eine Rolle innerhalb der aktuellen rechtspopulistischen Bewegung in Deutschland. Jüngere Studien zeigen aber, dass sich vor allem auch bürgerliche Milieus von aktuellen rechtspopulistischen Ideen, wie einer „Konservativen Revolution“ (Weiß 2017), angezogen fühlen und damit einen gesamt gesellschaftlichen Rechtsruck innerhalb der letzten Jahre möglich machten (Zick et al. 2016; Vorländer et al. 2016).

In Anlehnung an Andreas Speit (2016) möchte ich den Begriff „Resonanzraum“ (Speit 2016: 317) für die Rolle konservativer bürgerlicher Milieus in Bezug auf die Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen verwenden. Ohne die bürgerliche Legitimation rechtspopulistischer Einstellungen wäre aus dieser Perspektive der aktuelle Rechtsruck nicht möglich gewesen. Resonanzraum meint dabei einerseits, dass konservative bürgerliche Milieus durch rechtspopulistische Argumentationsmuster angeregt werden. Und andererseits, dass die Legitimation dieser Argumentationen durch sich selbst als bürgerlich bezeichnende Repräsentanten dazu führt, dass diese Positionen zunehmend als normale Meinungen in Diskurse um Zuwanderung aber auch um das Verhältnis von Männern und Frauen angesehen werden.

Dieser Beitrag möchte einerseits mögliche

Erklärungen dafür aufzeigen, weshalb innerhalb bürgerlicher Kreise rechtspopulistische Einstellungen und Rhetoriken einen solchen Widerhall erzeugen, dass humanistische Einstellungen scheinbar zunehmend verdrängt werden. Andererseits soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass diese Entwicklungen die „politische Kultur“ (Pickel/Pickel 2018) und damit demokratische Verhältnisse auf Dauer gefährden können und infolge dessen intensive Diskurse und Reflexionen erfordern. Als besonders problematisch ist es zu beurteilen, dass die Bezugnahmen auf die „Konservative Revolution“ antidemokratische Denk- und Handlungsweisen legitimieren können.

Dazu möchte ich zunächst den Begriff der „Konservativen Revolution“ sowie die Bezugnahme rechter Populisten auf diesen erläutern. Teil dieser Entwicklung ist der Versuch der Intellektualisierung rechten Gedankengutes. Daran anschließend, soll der Frage nachgegangen werden, weshalb es sich zu überwiegendem Teil um Männer handelt, welche sich von diesen Bewegungen affiziert fühlen. Im darauffolgenden Teil des Artikels sollen gesellschaftliche Veränderungen thematisiert werden, die als soziale und strukturelle Bedingungen eines breiteren Rechtsrucks interpretiert werden können. Im Anschluss daran

¹ „Rechtsextremismus wird auf diese Weise als ein individuelles und randständiges Problem konstruiert, mit dem die Mehrheitsgesellschaft nichts zu tun hat. Das Bild von milieugeschädigten Menschen am Rand der Gesellschaft, die aus ihrer persönlichen Misere heraus dem Rechtsextremismus zuneigen, entlastet die »Mitte« der Gesellschaft als demokratisches Zentrum von einer Mitverantwortung.“ (Kleeberg-Niepage 2012:6)

soll die Frage näher behandelt werden, weshalb aktuelle Veränderungen der so genannten „bürgerlichen Mitte“ relevant für die breitere Übernahme von rechtspopulistischen Ressentiments sind, wobei theoretische Bezüge zu Norbert Elias emotionstheoretischen Konzepten bezüglich Macht und Selbstwert hergestellt werden.

Konservative Revolution – das Projekt des rechten Populismus

Was sind nun die ideologischen Bezugspunkte aktueller rechtspopulistischer Bewegungen? Die Autoren Bruns, Glösel und Stroble sehen in dem Ziel der Verwirklichung einer konservativen Revolution die ideologische Klammer unter der sich die Akteure der, sogenannten Neue Rechten formieren und zusammenschließen. Dieser Bezugspunkt macht Allianzen zwischen konservativ-bürgerlichen und rechtsextremen Milieus möglich.

„Wir verstehen die ‚Neue Recht‘ als Zusammenfassung all jener Gruppen, die einen rechten Gegendiskurs zu 1968 bilden und sich positiv auf die Ideen und/oder Personen der ‚Konservativen Revolution‘ beziehen.“ (Bruns et al. 2016: 28)

So gehören nicht nur die Ablehnung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund, sondern zusätzlich die Abwertung der weiblichen Emanzipation zu Grundsätzen der neu-rechten Bewegungen. Patriarchale Strukturen und konservative Rollenbilder stellen dabei ein Ideal dar, welches gegenüber einer vermeintlich herrschenden feminisierten-multikulti Gesellschaft in Stellung gebracht wird.² Der Historiker Thomas Meyer verweist darauf, dass der Begriff Konservative Revolution unter anderem von Edgar Jung geprägt wurde, der diesen wie folgt beschreibt:

„Konservative Revolution nennen wir die Wiederinachtsetzung all jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den

Zusammenhang mit der Natur und Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann. An Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an Stelle der sozialen Gesinnung der gerechte Einbau in die gestufte Gesellschaft, an Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an Stelle bürokratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an Stelle des Massenglücks das Recht der Volkspersonlichkeit.“ (Jung z.n. Meyer 2018³)

Diese Denkfiguren, die anstelle von Gleichheit verschiedene Wertigkeit implizieren und anstelle von Wahlen für ein „Führerwachstum“ votieren, bezeichnet Meyer als „gängige Münze der Rechtsintellektuellen“ (ebd.). Erschreckenderweise konnte sich Alexander Dobrindt (CSU) 2018 ohne medialen Aufschrei in einem eigens lancierten Artikel für eben eine solche Konservative Revolution aussprechen. Man kann an dieser Stelle nicht mit Sicherheit sagen, ob es daran liegt, dass die antidemokratischen Implikationen dieses Begriffes entweder nicht erkannt oder bewusst unterstützt werden. Anhand der Tatsache, dass man in den letzten Jahren eine tiefgreifende Vernetzung zwischen konservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Milieus beobachten konnte (Fuchs/Middelhoff 2019), liegt letzteres nahe. Schon 2014 vor der so genannten „Flüchtlingskrise“ konnte die Entstehung solcher Netzwerke beobachtet werden, welche sich vor allem auf Grundlage des gefühlten Verlustes von Heimat und Nation zusammenfinden.

² Schlüsselfiguren wie Götz Kubitschek liefern neues ideologisches Futter für diese Bewegungen. Sein „Institut für Staatspolitik“ veröffentlicht Zeitschriften aus dem rechten Spektrum, organisiert Netzwerktreffen und trägt somit zur Vernetzung verschiedener Strömungen bei.

³ Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich weiter und kurz ausführen...

„Der deutsche wie der europäische Rechtspopulismus stellengewissermaßen ein politisches Auffangbecken für parteipolitisch isolierte Nationalkonservative und Nationalliberale dar – weltanschaulich verkörpert er die national-konservative Sehnsucht nach einer als >natürlich< verkärten Nation, verstanden als Abstammungsgemeinschaft mit festen, unveränderlichen hierarchisch-paternalistischen Ordnungsstrukturen.“ (Häusler 2014: 74)

Ein weiteres Charakteristikum dieser rechten Bewegungen ist der Verweis auf Kultur als Abgrenzungsmuster. Fremde werden aufgrund ihrer „Kultur“ als ungleichwertig betrachtet, so dass man von der Entwicklung eines kulturellen Rassismus bzw. „Kulturrassismus“ (Alikhani/Rommel 2017) sprechen kann. Im folgenden Abschnitt wird es um die Frage gehen, wie rechtspopulistische Wortführer es erreichen, ein diffuses Verlustgefühl auch in bürgerlichen Milieus in rechtsideologische Haltungen zu kanalisieren.

Die Intellektualisierung des rechten Diskurses

Die Verfechter von vermeintlich „deutschen“ Werten sind auch heute nicht nur diejenigen, die von Anfang an wenige Chancen hatten, sondern vor allem auch die, die durch jüngste Entwicklungen ihre Privilegien gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen verloren haben bzw. im Begriff sind diese zu verlieren (Zick et al. 2016)⁴. Im Zuge dieser personellen Verschiebung im rechten Milieu, findet im Anschluss an den Begriff der „Konservativen Revolution“ oder der Theorie des Ethnopluralismus⁵ eine Intellektualisierung rechten Gedankengutes statt, die durch etablierte konservative Politiker befeuert wird (vgl. Benz 2013: 27 ff.).⁶

Eine Etablierung dieser Sichtweisen im bürgerlichen Meinungsspektrum wird durch rechte Akteure angestrebt und hat bereits eine massive Diskursverschiebung zur Folge gehabt. 2010 ging es um Sarrazin⁷ und sein „Deutschland schafft sich ab“, in dem er die Gruppe der in Deutschland lebenden Muslime als Ursache eines vermeintlichen Niedergangs der deutschen Gesellschaft hinstellt. Bereits damals fand sein Buch reißenden Absatz, allerdings wurden seine Thesen bezüglich der kulturellen Determination von Muslimen noch häufig als diffamierend erkannt und führten zum Ende seiner politischen Karriere. Heute scheint die Rede von kulturellen Differenzen als Ursachen gesellschaftlicher Konflikte jedoch zum Mainstream zu gehören. Dies verschleiert die grundlegenden Ursachen von sozialen Konflikten, die aus der hier repräsentierten Sicht eher auf (vermeintliche und reelle) Verteilungskonflikte um Jobs, Wohnraum und Anerkennung (Statuspositionen) zurückzuführen sind. Das Argumentationsmuster kulturelle Antagonismen seien ursächlich für gesellschaftliche Konflikte hat sich verselbständigt, wie man unter anderem den Diskussionsfragen populärer Polittalkshows entnehmen kann (Havez/Richter 2007).

Es besteht daher die Gefahr einer zunehmenden gesellschaftlichen Radikalisierung, die durch

⁴ Vergleiche hierzu auch „Die autoritäre Revolte“ von Volker Weiß.

⁵ Dieser findet seine Repräsentation vor allem bei der Identitären Bewegung, der davon ausgeht, dass ...

⁶ Der Umfang und die Tiefe dieser Vernetzungen wurden beispielsweise von Christian Fuchs und Paul Middelhoff (2019) unter dem Titel „Das Netzwerk der Neuen Rechten“ herausgearbeitet.

⁷ Häufig werden Statusunterschiede und asymmetrische Anerkennung von Personen verschiedener Gruppen mit Differenzen auf ethnischer, nationaler oder religiöser Zugehörigkeit begründet. Z.B. ist laut Thilo Sarrazin Deutschland wirtschaftlich führend, weil die Deutschen so „tüchtig“ seien, die Wirtschaft und die Menschen in Deutschland folglich durch Zuzug von „weniger tüchtigen“ Muslimen bedroht seien (vgl. Sarrazin 2010: Kap 7.). Mit dieser Analyse werden reale strukturelle Machtasymmetrien geleugnet und Unterschiede in der Produktivität allein auf vermeintliche menschliche Qualität zurückgeführt.

Begriffe und Konzepte wie Konservative Revolution oder Ethnopluralismus intellektuell legitimiert werden sollen. Dies birgt Gefahren für den gesellschaftlichen Frieden. „Wenn menschenfeindliche Narrative und Bilder von der Mehrheit einer Gruppe geteilt werden, dann verschiebt sich das Vorurteil von der Ideologie zur sozialen Norm und wird zu einer geteilten Realität der Gruppe.“ (Zick 2016: 210). Durch das gemeinsame Programm einer „Konservativen Revolution“ entstehen Synergieeffekte zwischen radikal rechten und konservativ-bürgerlichen Milieus.⁸ Die ideologische Entwicklung der AfD hin zu immer radikaleren Positionen, zeigt, welche der beiden Gruppen innerhalb der Partei den stärkeren Einfluss ausübt. Die Folge Lucke – Petry – Gauland (in Zukunft Höcke?) versinnbildlicht die Radikalisierung innerhalb der AfD seit 2013.

Die Neue Rechte fungiert somit als „Sammelbecken“ (Fuchs/Middelhoff 2019), das durch die Vernetzung von konservativen bis zu rechtsextremen Milieus und die theoretische Fundierung rechten Gedankenguts durch Zeitschriften wie Junge Freiheit und andere stetig mehr Einfluss zu gewinnen scheint. Zwar liegt der Stimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017 weiterhin bei ‚nur‘ 17 Prozent, allerdings ist gerade in den jüngsten Debatten um Abschiebungen, Ankerzentren oder den Umgang mit Ex-Verfassungsschützer Maaßen deutlich geworden, dass die anderen Parteien, maßgeblich CDU/CSU, ihre Rhetorik und ihr Programm zunehmend an die AfD anpassen.

Das Populismus Barometer 2018 stellt fest, dass in keinem gesellschaftlichen Segment die Zustimmung zu populistischen Aussagen in dem Maße gestiegen sei, wie in der Mitte. Auch wenn nicht alle Menschen aus der Mittelschicht mit populistischen Einstellungen AfD wählten, so trügen sie doch zum Aufstieg dieser bei (Verkamp/Merkel 2018: 11). Damit sei der Populismus eine Art

„trojanisches Pferd“ (ebd.) der Rechtspartei AfD in die politischen Mitte: „Die AfD-Wähler aus der Mitte wählen populistisch, bekommen aber gleichzeitig eine ideologisch weiter rechts stehende Partei, als es ihrem eigenen ideologischen Standort entspricht, weil die „dünne Ideologie“ (ebd.) des Populismus durch die AfD ideologisch mit rechten Inhalten aufgeladen wird.

„Versuchen die etablierten Parteien den Populismus der AfD nachzuahmen, erhöht das ebenfalls vor allem die Wahlchancen der AfD, weil es hauptsächlich die Akzeptanz und Salienz populistischer Positionen erhöht und die populistisch mobilisierten Wähler sich dann zumindest derzeit noch lieber für das Original entscheiden. Das war der strategische Fehler der CSU im Sommer dieses Jahres.“ (ebd.: 23).

Die Autoren verweisen aber ebenfalls darauf, dass es innerhalb der Mitte auch am meisten Wähler*innen mit nicht populistischen Einstellungen gibt (ebd.: 11). Dieser Befund bestärkt die Diagnose einer Spaltung innerhalb der Mitte, wie sie von Zick et al. 2016 schon formuliert wurde. Es zeigt sich, dass sich die eine Fraktion der Bürgerlichen Mitte zunehmend durch rechtspopulistische Argumentationsmuster affizieren lässt, während sich die andere dagegen abgrenzt und eher liberale oder humanistische Werte vertritt.

Wieso fühlen sich Männer scheinbar stärker von rechtspopulistischen Ideen angezogen?

Eine gesellschaftliche Gruppe scheint eine besondere Rolle in den aktuellen Radikalisierungsprozessen

⁸ Ines Aftenberger (2007) verweist darauf, dass Konservatismus und Faschismus gerade in Krisenzeiten ununterscheidbare Positionen und Interessen entwickeln.

der rechtspopulistischen Bewegung in Deutschland zu spielen: Männer. Rechte Bewegungen/Organisationen sind zu zweidrittel männlich besetzt und die Ergebnisse verschiedenster Studien zeigen, dass die aktuellen rechten Bewegungen eindeutig von Männern dominiert werden (Vorländer 2016; Decker et al. 2016; Zick 2016). Damit soll keineswegs gesagt sein, dass alle europäischen Männer die Neigung zu rechten Einstellungen haben, sondern nur darauf hingewiesen werden, dass sie aufgrund der habituellen Prägung als vormals (oder immer noch) Etablierte eher Gefahr laufen, den Aufstieg anderer gesellschaftlicher Gruppen (wie Frauen oder Zuzügler im weitesten Sinne) als emotionale Kränkung und unangemessene Abwertung ihrer eigenen Stellung innerhalb der Gesellschaft zu erleben. Dies erscheint insbesondere dann als wahrscheinlicher, wenn andere Selbstwertquellen fehlen oder über legitime Gründe (Demokratisierung) für die Aufwertung anderer Gruppen nicht reflektiert wird, sondern demgegenüber gesellschaftlicher Wandel vor allem emotional bewertet wird. Unter werden diese Zusammenhänge mit dem Konzept „Logik der Emotionen“ (Elias/Scotson 1993: 18) näher erläutert.

In den letzten Jahrzehnten hat sich ein akuter Machtverlust weißer, männlicher, heterosexueller Europäer lokal wie global ereignet. Dies lässt sich an Diskursen und Gesetzgebungen sowohl bezüglich Gleichstellung und Diversity, als auch an dem diachronen Vergleich von Status-Positionen (Lenz 2018) nachweisen. Machtverluste der jeweils eigenen Gruppe bedeuten nämlich immer auch eine Infragestellung der individuellen Legitimation auf gesellschaftliche Verhältnisse Einfluss zu nehmen (Elias/Scotson 1993: 18 ff.). Auffallend ist, dass im aktuellen rechtspopulistischen Diskurs neben ethnisch vermeintlich „fremden“ vor allem auch der Feminismus stark angegriffen wird. Gleichzeitig wird - wie bei Dobrindt (Welt 2018) - die Annahme vertreten, dass links-grüne Eliten den Diskurs

in Deutschland nach 1968 bestimmt hätten, was jetzt ein Ende haben müsse. Die Gleichstellungsdiskurse seit 1968 haben den Aufstieg von Frauen wie von Menschen mit Migrationshintergrund überhaupt erst ermöglicht und stellen somit eine sukzessive Durchsetzung demokratischer Werte dar. Aus Dobrindts Sicht ist diese Entwicklung demnach nicht zu begrüßen.

Attackiert werden also vor allem diejenigen Gruppen, die in den letzten Jahrzehnten ihren gesellschaftlichen Einfluss gegenüber einer patriarchalen Gesellschaftsstruktur vor 1968 stärken konnten (vgl. Bruns et al. 2016, 27 ff.). Die Prozesse der Infragestellung rassistischer und patriarchaler Gesellschaftsstrukturen können als funktionelle und institutionelle Demokratisierung (Gholamasad 2015) bezeichnet werden, die eigentlich den von Anfang an bestehenden Verfassungsgrundsatz der allgemeinen Gleichheit und Würde des Menschen erst nach und nach zur Geltung brachten. So kommt die paradoxe Situation zustande, dass rechtspopulistische Vertreter*innen meinen, oder zumindest behaupten, die demokratische Kultur Deutschlands gegenüber Zuwanderern/Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem gegenüber Muslimen, verteidigen zu müssen, während sie gleichzeitig demokratische Errungenschaften wie die Gleichstellung der Frau oder die Ermöglichung der Staatsbürgerschaft für außereuropäische Zuwanderer missbilligen und als Gefahr für die Gesellschaft darstellen. Nach dem Motto Demokratie darf nur soweit gehen, soweit sie mir und meiner Gruppe eine herausragende Stellung in der Gesellschaft sichert. Hier offenbart sich eine Ungleichheitsideologie, welche selbst als Gefahr für demokratische Errungenschaften angesehen werden muss.

Veränderungen in der „Mitte“

Der Begriff der gesellschaftlichen Mitte unterliegt gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen. Was die Mitte ist und wodurch sie charakterisiert wird, kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Ökonomisch haben in Deutschland wie weltweit Umverteilungsprozesse stattgefunden, welche zu der Konzentration von Vermögen auf der einen und Einkommensarmut auf der anderen Seite führten. Neckel verweist darüber hinaus auf die Verwundbarkeit mittlerer Schichten durch Prekarisierung der Lebenslagen insgesamt, vor allem im Zuge der Agenda 2010, welche große Abstiegsängste bei Angehörigen der Mittelschicht auslöste: „Zumindest in der sozialen Wahrnehmung schieben sich die Realitäten einer Unterschicht, der Arbeiterschaft und mancher Mittelschichtgruppen immer mehr ineinander.“ (Neckel 2008: 193). Das hat zur Folge, dass auch die emotionale Identifikation mit der Mitte durch prekäre Lebensverhältnisse leidet. Dies entspricht auch den Erkenntnissen von Andreas Reckwitz in seinen Analysen zur „Gesellschaft der Singularitäten“ (2017), der eine Prekarisierung der Lebensverhältnisse einerseits sowie das Entstehen einer „Hyperkultur der Selbstverwirklichung“, welche für die allermeisten als „Generator für Enttäuschungen“ fungiert und mit „psychischen Überforderungssymptomen“ einhergeht (2017: 22) andererseits, feststellt. Diese allgemeine Entwicklung hängt Reckwitz zufolge mit dem Paradigmenwechsel vom Allgemeinen (Moderne) zum Besonderen (Spätmoderne) zusammen, innerhalb dessen sich eine Marktgebundenheit von Anerkennung entwickelt, die zu einer großflächigen Entwertung von Kapitalien führe, da nur das Besondere innerhalb dieser Märkte Anerkennung erhalte (66 f.). Dies führt nach Reckwitz zur Sehnsucht oder auch zum Bedürfnis nach „Neogemeinschaften“, welche als Singularitäten konstruiert werden, aber das Individuum von der

Hyperkultur der Selbstverwirklichung entlasten.⁹

Auch gut ausgebildete Personen und Akademiker sind zunehmend mit prekären Arbeitsverhältnissen und daraus resultierenden Einkommensunsicherheiten und Flexibilitätszwängen konfrontiert und sehen sich zunehmend in Konkurrenz mit einer weltweiten Wissenselite. Diese Entwicklungen stellen sowohl einen Orientierungs- als auch einen Solidaritätsverlust dar.

„Die ökonomischen Krisen in der Welt, die kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen Ländern und der gesellschaftliche Wandel bis ins alltägliche, führten in bürgerlichen Kreisen offensichtlich zu Versuchen, die „privilegierten Positionen zu wahren und abzusichern“. Diese „Nervosität“ ginge mit der „Beurteilung sozialer Gruppen an den Maßstäben der kapitalistischen Nützlichkeit, der Verwertung und Effizienz“ einher, die „somit die Gleichwertigkeit von Menschen sowie ihre psychische und physische Integrität antastbar macht“ führt Heitmeyer aus.“ (Speit 2016: 326)

Wettbewerbsideologie und Selbstoptimierung verstärken demnach die Abnahme der Solidarität innerhalb der Gesellschaft. Nach Kashuba stellen auch die zunehmende Ökonomisierung, Kulturalisierung und Performierung von Lebensstilen einen Orientierungsverlust dar, der die Entwicklung einer stabilen Identität zunehmend erschwert. „Kulturelle Symbole und Muster unterliegen heute einer wachsenden De-Kontextualisierung und beschleunigten Zirkulation. Damit ist der Fluss und Wandel von Identitätsmarkern

⁹ „Im Rahmen des Kulturkommunitarismus wird das Individuum nicht als besondere Einheit adressiert, die sich qua Arbeit an der eigenen Einzigartigkeit selbstverwirklicht, sondern als ein Glied, das sich in den Kodex der ethnischen Gruppe, der Religionsgemeinschaft oder Nation einfügt. Damit verliert das Individuum einerseits Möglichkeiten der autonomen Besonderung, gewinnt aber andererseits die Gewissheit auf Anerkennung innerhalb der Gemeinschaft. Da diese nicht marktförmig organisiert ist, bleibt das Individuum von Kämpfen um Sichtbarkeit, persönlichen Wert, Leistung und Erfolg entlastet.“ (Reckwitz 2017, 395 f.)

gerade im Bereich der gesellschaftlichen Mittelschicht zwangsläufig einer hohen Veränderungsdynamik unterworfen“ (Kashuba 2016: 144). Normalarbeitsverhältnisse gehen stetig zurück (Schmitz 2012) neue Anforderungen an Selbstoptimierung und der Anspruch ein jeder solle sich als „Unternehmer seiner selbst“ (Bröckling 2007) beziehungsweise als „Arbeitskraftunternehmer“ (Pongratz/ Voß 2004) verstehen, bilden verunsichernde Verhaltensanforderungen, die bei der gleichzeitigen Individualisierung von Erfolg und Misserfolg, wenige Gewinner und viele potentielle Verlierer schaffen. Ein neuentflammtes nationales Bewusstsein, welches sich auf Abstammungsprinzipien zurückziehen will, erscheint auf dieser Grundlage offenbar als naheliegender Identitätsanker für verunsicherte Teile der Mittelschicht.

Bürgerliche Mitte als Resonanzraum für rechte Ungleichwertigkeitsideologie

Die Individualisierung von Verantwortung bei gleichzeitiger Ohnmacht gegenüber gesellschaftlichen Verhältnissen, schafft ein gesellschaftliches Klima, in welchem (fast) jeder jederzeit vom potentiellen Abstieg bedroht zu sein scheint und dafür auch noch individuell verantwortlich gemacht wird. So wird die Abstiegsangst verstärkt und jeder andere zum potenziellen Konkurrenten. Aufgrund dieser Gemengelage, sehen einige Autoren einen in mittleren sozialen Milieus verbreiteten „Wirtschaftschauvinismus“, der eine Ungleichwertigkeitsideologie in Bezug auf gesellschaftliche Leistung darstellt, als Brücke zu anderen Ungleichwertigkeitsideologien wie z. B. Rassismus oder Anti-Feminismus (Sommer 2010; Kellerson/ Kastrup 2016; Häusler 2014; Speit 2016). Für rechte Demagogen ist es demnach erfolgsversprechender auf dieser Basis ihre Ungleichwertigkeits-Ideologien weiter zu verbreiten, da sie

an neoliberale Leistungs-Ideologie anschlussfähig seien. Rechtsextremismus ist in diesem Sinne als der radikale Ausdruck einer bereits bestehenden „Dominanzkultur“ zu verstehen (Sommer 2010: 270). Auch aktuellere Publikationen verweisen auf diesen Zusammenhang. „Der Neoliberalismus geht konstitutiv von der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Menschen aus und weist so ein Überschneidungsmerkmal mit rechten, völkischen Bewegungen auf“ (Kellerson/Kastrup 2016: 11). Häusler spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Neoliberalisierung linker und sozialdemokratischer Milieus um die Jahrtausendwende, „die den unteren sozialen Milieus ihre Anteilnahme entzog“ (Häusler 2014: 74). Die Abwertung von Nicht-Leistungsbereiten entwickelte sich im Zuge der Agenda 2010 zum gesellschaftlichen Mainstream und bietet damit Anschlussfähigkeit für andere Ungleichwertigkeitsideologien, vor allem auch innerhalb von Mittelschichtsmilieus, welche sich überwiegend durch Leistung definieren. Auch aktuell ist eine Verschränkung von rassistischen und wirtschaftschauvinistischen Argumentationsmustern zu beobachten, wenn beispielsweise von Geflüchteten behauptet wird, sie wollten sich in Deutschland bloß die soziale Hängematte fallen lassen. Mit dem Verweis, sie seien bürgerlich, verwehren sich besagte Milieus gegen den Vorwurf unangemessener Ungleichwertigkeitsvorstellungen (Speit 2016: 318) und nehmen ihre Haltung als sachlich und aufgeklärt wahr. Mithilfe der Betrachtungen Norbert Elias‘ zum deutschen Habitus (Elias 2005) lassen sich allerdings der Hang zur gesellschaftlichen Hierarchisierung des deutschen Bürgertums nachzeichnen, welches eben nicht nur durch Humanismus und Aufklärung, sondern auch durch einen preußischen „Kriegerkanon“¹⁰ geprägt wurde. Dieser Kanon

¹⁰ „Das schließlich Verhaltensmodell eines militärischen Adels, der eigentlich nur in bescheidenem Maße höfisch gezähmt worden war, in der Periode nach 1871 von weiten Kreisen des Bürgertums absorbiert wurden, hatte zur Folge, daß sie zugleich auch in erheblichem Maße das mitbestimmen, was man gewöhnlich den deutschen Nationalcharakter nennt, also, genauer gesagt, die spezifische deutsche Tradition des Verhaltens- und Empfindens.“ (Elias 2005: 98)

beinhaltet Einstellungsmuster wie die „Bewahrung der Ungleichheit unter Menschen, auf die Bewertung des Stärkeren als des Besseren und so auf die Unabänderlichkeit der Härte des Lebens“ (Elias 2005: 93). Diese Einstellungsmuster entsprechen denen der heutigen Vertreter einer „konservativen Revolution“ (Meyer 2018). Sie wurden nach 1945 und nochmals nach 1968 vor allem von humanistisch, feministischen Bewegungen zurückgedrängt und brechen sich heute in der Haltung des rechten Populismus zunehmend Bahn. Diese zwei Strömungen Humanismus und Autoritarismus, welche sich neben dem Liberalismus als prägend für das deutsche Bürgertum ausmachen lassen (Elias 2005: 93 ff.), entsprechen der Spaltung innerhalb des Diskurses um Fluchtmigration – Rechtspopulismus versus Willkommenskultur.

Wilhelm Heitmeyer hat in seinen Langzeitstudien (seit 2002) über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, die er als ein „theoretisches Konstrukt mit dem gemeinsamen Kern der Ungleichwertigkeit“ (Heitmeyer 2004: 7) bezeichnet, nachgewiesen, dass diese Vorstellungen von Ungleichwertigkeit in breiten Schichten der Gesellschaft (bis zu 56%) ständig latent vorhanden sind. In Krisensituationen können die latent vorhandenen Einstellungen gegen andere Gruppen in Gewalt ausarten. Jüngste Ereignisse, wie beispielsweise in Chemnitz, wo ausländisch aussehende Menschen gejagt wurden und massenhaft der Hitlergruß gezeigt wurde, sowie neuere Statistiken zu rechter Gewalt zeigen, dass das aufgeheizte gesellschaftliche Klima einige Milieus zunehmend zu rechter Gewalt motiviert. Die gewalttätigen Akteure kommen meist nicht aus der Mitte selbst, rechtspopulistische Einstellungen aus der Mitte tragen allerdings zur Legitimation rechter Gewalt bei, indem sie das Rechtfertigungsmuster der Selbstverteidigung stützen. Mit den emotionssoziologischen Konzepten von Norbert Elias kann man den Orientierungsverlust auch als

Selbstwertverlust analysieren.

Norbert Elias - theoretische Implikationen

Entgegen der Überzeugung in modernen Gesellschaften agierten die Menschen in rationaler Weise aus rein individuellen Motiven, spielt nach Elias das Verhältnis zwischen der geteilten Gruppenidentität und dem individuellen Selbstwert eine große Rolle bei der Eskalation von gesellschaftlichen Konflikten. Das Verhältnis des individuellen Selbstwertes mit der Stellung der eigenen Gruppe im gesellschaftlichen Gefüge beschreiben Elias und Scotson im Rahmen ihrer Studie zu Etablierten und Außenseitern als „Logik der Emotionen“ (1993, 18). Demnach hat die Stellung der eigenen Gruppe im gesellschaftlichen Gefüge einen erheblichen Einfluss auf den individuellen Selbstwert ihrer Angehörigen: „... höhere Macht wird gleichgesetzt mit menschlichem Verdienst, menschlicher Verdienst mit einer besonderen Gnade der Natur oder Götter.“ (ebd.)

Oben wurde bereits festgestellt, dass Teile des bürgerlichen Milieus gegenüber internationalen Eliten in den letzten Jahren teilweise an Einfluss verloren haben, gleichzeitig betreffen prekäre Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse zunehmend auch gut ausgebildete Menschen. Das Leistungsprinzip, dem sich ein großer Teil des bürgerlichen Milieus verpflichtet fühlt, scheint in immer mehr Bereichen ausgehebelt zu werden. Innerhalb dieser Milieus haben vor allem auch Männer in Folge von Gleichstellungsdiskursen und -politiken im Verhältnis zu Frauen an Macht eingebüßt. Auf diesem Hintergrund ließen sich auch die harschen Abwehrreaktionen besagter Gruppen erklären, die den Bedeutungsverlust von Werten, Machtressourcen und Ideologien bürgerlicher Kreise und Männern gegenüber anderen gesellschaftlichen

Gruppen als individuellen Selbstwertverlust wahrnehmen und dementsprechend auch eher emotional auf die veränderte Situation reagieren.

Elias verweist des Weiteren darauf, dass Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen meistens zunehmen, wenn sich ihre Machttraten angleichen, da die vormaligen Außenseiter Macht hinzugewonnen haben und ihren Einfluss auch geltend machen wollen, wohingegen die vormaligen Etablierten an Privilegien einbüßen, was ihnen auch emotional zusetzt (ebd.: 27 f.). Wenn Gruppen Macht gegenüber anderen einbüßen, kann es nach Elias zum Nachhinkeffekt des sozialen Habitus kommen, das bedeutet, dass der Machtverlust habituell nicht verarbeitet werden kann. Der Begriff des Nachhinkeffektes des Habitus bezieht sich auf die Situation von Menschen deren Persönlichkeitsstruktur einer Gesellschaftsstruktur verhaftet bleibt, die sich in so erheblichem Maße gewandelt hat, dass sie nach einer gewandelten Persönlichkeitsstruktur und neuen Funktionen ihrer Mitglieder verlangt (Elias 2001: 167). Solche Nachhinkeffekte zeigten sich beispielsweise häufig in den Debatten um #MeToo, wo Männern in den Menschenrechten festgeschriebenen Grundsatz auf körperliche Selbstbestimmung, den Frauen nun vermehrt einfordern, für sich als Verlust des ungezwungenen Flirtens interpretieren und die Diskussion generell als hysterisch abwerten. Dies kann als emotionaler Reflex darauf verstanden werden, dass nun Frauen zunehmend an Definitionsmacht darüber gewinnen, was ein Flirt und was Belästigung ist.

Nachhinkeffekte des sozialen Habitus entstehen somit dann, wenn das Wandlungstempo der Gesellschaftsstruktur das Wandlungstempo des individuellen Habitus überschreitet (ebd.: 281 ff.). Mit der „Logik der Emotionen“ lassen sich Ausgrenzungen als „Struktureigentümlichkeit“ von Gruppenprozessen betrachten, in der sich die

Angst vor Statusverlust der aktuell etablierten Gruppe ausdrückt (vgl. ebd.: 309 f.). In unteren sozialen Schichten spielt die vermeintliche und reelle Konkurrenz um Arbeitsplätze und materielle Ressourcen eine größere Rolle für rechtspopulistische Einstellungsmuster, bei mittleren sozialen Lagen eher der Statusverlust, der als Identitätsverlust erlebt werden kann. Wobei wie oben beschrieben ebenfalls ökonomische Ängste innerhalb der Mittelschicht zunehmen.

Gleichzeitig wird auch auf nationalstaatlicher Ebene Macht eingebüßt, die Integration der EU, die zu Recht in Bezug auf Transparenz und Demokratie in der Kritik steht, bedeutet eben auch einen konkreten Machtverlust der Nationalstaaten autonome Entscheidungen zu treffen¹¹, dieser kann ebenfalls als Selbstwertverlust erlebt werden - umso heftiger, je weniger die habituellen Ressourcen und Kapitalien den neuen Machtverhältnissen entsprechen. Mit Reckwitz könnte man vermuten, dass diejenigen, die die Kapitalien besitzen, die sie befähigen an einer internationalen „Hyperkultur der Selbstverwirklichung“ (2017: 22) teilzunehmen, eher weniger einen Bedarf an exklusiven Neogemeinschaften haben als diejenigen, deren Kapitalien in den letzten Jahrzehnten durch die Digitalisierung, Globalisierung oder andere Entwicklungen entwertet wurden.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die Neigung von Teilen der bürgerlichen Mitte rechtspopulistische Einstellungen zu vertreten mehrere Ursachen hat. Die zunehmende globale Vernetzung wird teilweise als Orientierungsverlust

¹¹ Daher bezeichnet zum Beispiel Häusler den aktuellen Trend zum Rechtspopulismus innerhalb der europäischen Staaten als Produkt politischer Legitimationskrisen (2014: 73).

erlebt. Gleichzeitig findet eine Prekarisierung der Lebenslagen statt, diese schüren Ängste und bedrohen beständige Identitäten sowie die individuelle Lebensplanung. Die Möglichkeiten der Identifizierung erscheinen für viele zu plural um Orientierung zu stiften, alte Bezugsrahmen wie der Nationalstaat scheinen demgegenüber Sicherheit und Zugehörigkeit und die Möglichkeit fester Identitäten zu verheißeln.¹² „Die neuen und erweiterten Möglichkeiten identitärer Selbst- und Fremdbezüge erscheinen uns nun oft als zu vielfältig, als zu wenig dauerhaft und als zu kompliziert in ihrer Architektur wie in ihrer Ikonographie.“ (Kashuba 2016: 138)

Gesellschaftlicher Abstieg, wird auch für Intellektuelle und andere gut ausgebildete Menschen immer mehr zum Bedrohungsszenario, dies scheint irrationale Ängste bezüglich anderer vermeintlicher Risiken wie z.B. Migration und allgemein den Hang zu autoritären Einstellungen zu befördern. Rechtspopulistische Argumentationsweisen verschleiern dabei die komplexen ökonomischen und sozialen internationalen Zusammenhänge und reduzieren bestehende soziale Probleme auf das Thema Migration und kulturelle Differenzen. Wirtschaftschauvinistische Einstellungen, die im Zuge der letzten Jahrzehnte an Bedeutung gewonnen haben, zeigen sich dabei anschlussfähig für andere Ungleichwertigkeits-Ideologien wie den rechten Populismus. Der beschleunigte weltweite Wandel trägt zu einer habituellen Überforderung bzw. Nachhinkeffekt des Habitus bei, welcher als Identitäts-, Kontroll- und Selbstwertverlust erlebt wird. Da Männer gleichzeitig auch innerhalb ihrer Gesellschaft an Machtüberlegenheit eingeübt haben, scheint dieser Effekt bei ihnen weiterverbreitet oder stärker ausgebildet zu sein. So kommt es zur „Transformation von Sorge in Ablehnung“ (Zick et al. 2016: 215).

Welche Rolle bei diesen Entwicklungen die

mediale Verarbeitung der so genannten „Flüchtlingskrise“ gespielt hat, konnte an dieser Stelle nicht behandelt werden, es kann jedoch festgestellt werden, dass Stereotype über Geflüchtete und Muslime sowie Katastrophenszenarien medial stark reproduziert wurden, worauf zum Beispiel Begriffe, die den Zuzug von Geflüchteten mit Naturkatastrophen gleichsetzen, hinweisen.¹³ Um der Verbreitung von rechtspopulistischen Einstellungen entgegenzuwirken ist es deshalb notwendig, differenziertere Analysen gesellschaftlicher Probleme (nationale und internationale Machtverhältnisse, soziale Spaltung, Arbeits- und Produktionsverhältnisse, Umweltverschmutzung etc.) wieder in den Vordergrund der Debatten zu stellen. Die Anbietung an AfD nahe Positionen durch Politiker aller Parteien, die sich ja auch als Repräsentanten der bürgerlichen Mitte verstehen, haben den Rechtsruck verstärkt und es ermöglicht rechtspopulistische Äußerungen wieder salonfähig zu machen. Auf diese Weise tragen sie zur weiteren Gefährdung demokratischer Verhältnisse in Deutschland bei.

Literatur

- Aftenberger, I. (2007): Die Neue Rechte und der Neorassismus. Grazer Universitätsverlag: Graz.
Bade, K. J. (1994): Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandsaufnahme. Beck Verlag: München.

¹² Weshalb andere Milieus gerade in der Vielfalt erfolgreich eigene Identifikationen aufbauen, stellt sich als Forschungsbedarf heraus - im Sinne Elias/Bourdieu könnte man annehmen, dass die Kapitalien bzw. Machtressourcen, die diese Personen besitzen, den heutigen globalisierten Anforderungen eher entsprechen -, Mobilität, Fremdsprachen, individualisierte und durch social-media weltweit vernetzte Identitäten - generationale Verortung scheint genauso eine Rolle zu spielen wie die Perspektive darauf seine Ressourcen und Kapitalien erfolgreich in einer globalisierten Welt nutzen zu können.

¹³ Wie Flüchtlingswelle, Flüchtlingsstrom u. a.

- Bruns, J./Glösel, K./Stroble, N. (2016): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Unrast: Münster
- Bröckling, U. (2007): Das Unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Decker, O./Kiess, J./Bähler, E. (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Psychosozial-Verlag: Gießen.
- Dobrindt, A. (2018): Mehr Bürgerlichkeit wagen - Plädoyer für eine bürgerlich-konservative Wende. Online: <https://www.csu-landesgruppe.de/themen/innen-und-recht-verbraucherschutz-und-kommunalpolitik/mehr-buergerlichkeit-wagen-plaedoyer-fuer-eine-buergerlich-konservative-wende>, zuletzt geprüft am 18.02.2019.
- Elias, N./Scotson, J. L. (1993): Etablierte und Außenseiter. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Elias, N. (2001): Gesellschaft der Individuen. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Elias, N. (2005): Studien über die Deutschen. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Fuchs, C./ Middelhoff P. (2019): Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern. Rowohlt: Hamburg.
- Gholamasad, D. (2015): Einige Thesen zu Islamismus und Islamophobie als de-zivilisierende Aspekte der Demokratisierung als Nachhinkeffekt des sozialen Habitus der involvierten Menschen. Online: <https://gholamasad.jimdo.com/artikel/einige-thesen-zu-islamismus-und-islamophobie-als-de-zivilisierenden-aspekte-der-demokratisierung-als-nachhinkeffekt-des-sozialen-habitus-der-involvierten-menschen/>, zuletzt geprüft am 18.02.2019.
- Havez, K./Richter, C. (2007): Das Islambild von ZDF und ARD. In: APuZ 26-27; 40-46.
- Heitmeyer, W. (2004): Deutsche Zustände. Folge 3. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Häusler, A. (2014): Die AfD und der europäische Rechtspopulismus.
- Kaschuba, W. (2016): Wahlverwandtschaften? Neue und alte Zugehörigkeiten in Europa. In: Horatschek, A.-M./Pistor-Hatam, A. (Hrsg.): Identitäten im Prozess. Region, Nation, Staat, Individuum. De Gruyter: Berlin, S. 137-149.
- Kleeberg-Niepge, A. (2012): Zur Entstehung von Rechtsextremismus im Jugendalter – oder: Lässt sich richtiges politisches Denken lernen? In: Journal für Psychologie, 20. Jg., 2. Heft, S. 1-30.
- Kellershohn, H./Kastrup, W. (2016): Kulturkampf von Rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Unrast: Münster.
- Lantermann, E.-D. (2016): Die Radikalisierte Gesellschaft. Von der Logik des Fanatismus. Karl Blessing Verlag: München.
- Neckel, S. (2008): Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Campus: Frankfurt/ New York.
- Pongratz, H. J./ Voß, G. G. (2004): Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Edition Sigma: Berlin.
- Reckwitz, A. (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Suhrkamp: Berlin.
- Rommel, I. (2016): Culturalism of Exclusion in an Established-Outsider-Figuration. Historical Social Research 41 (3), S. 175-93.
- Rommel, I./Alikhani B. (2017): Aufstieg des Kulturrassismus. Von Huntington zu Sarrazin. In: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft, 11 Jg., Heft 4, S. 9-24.
- Sommer, B. (2010): Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

- Speit, A. (2016): Bürgerliche Scharfmacher.
Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis
Pegida. Orell Füssli Verlag: Zürich.
- Verkamp, R./Merkel, W. (2018): Populismus
Barometer 2018. Bertelsmann Stiftung:
Wuppertal.
- Vorländer, H./Herold, M./Schäller S. (2016):
PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung
und Deutung einer Empörungsbewegung.
Springer VS: Wiesbaden.
- Wieß, V. (2017): Die autoritäre Revolte.
Die neue Rechte und der Untergang des
Abendlandes. Klett-Cotta: Stuttgart.
- Zick, A./Küpper, B./Krause, D. (2016):
Gesplante Mitte – Feindselige Zustände.
Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland
2016. Dietz Verlag: Bonn.

Wer wählt die AfD?

Experimente mit einer quasi-qualitativen Analyse quantitativer Mikrodaten des Sozioökonomischen Panels (SOEP)

Max Keck

Das Studium der Soziologie lehrt in weiten Teilen eine Trennung quantitativer und qualitativer Forschungsprogramme und lädt zu einer dichotomen Perspektive auf das Feld der empirischen Sozialforschung ein. Auch in der Forschungspraxis wird diese Trennung in weiten Teilen vollzogen; man unterscheidet zwischen "Quantis" und "Qualis", wenn man die grundsätzliche Forschungshaltung von Wissenschaftler_innen zu beschreiben versucht. Dabei werden qualitativen und quantitativen Programmen dann üblicherweise auch bestimmte typische Datenquellen zugrunde gelegt, wenn also im Rahmen qualitativer Forschung zum Beispiel narrative Interviews ausgewertet werden und quantitative Forschung vor dem Hintergrund einer Sekundäranalyse von Befragungsdaten betrieben wird.

Zwischen diesen scheinbar klaren und eindeutigen Zuschreibungen von Forschungspraxis existiert eine Welt, in der Forschende versuchen, qualitative und quantitative Sozialforschung zu integrieren. Hierbei spielen "Mixed-Methods" oder die "Multimethod Research" eine Rolle, in der eher die Frage nach einer angemessenen Verbindung qualitativer und quantitativer Methoden in einem integrierten Forschungsprogramm gestellt wird. Hieraus ergeben sich vor allem Fragen der Stichprobenziehung sowie hinsichtlich der Analyse und Deutung. Daneben existieren auch einige Forschungsansätze, bei denen sowohl quantitative, als auch qualitative Methoden auf quantitativ erhobenes Datenmaterial angewandt werden. Aus dieser in der Sozialforschung eher selten

verwendeten und methodisch, sowie methodologisch noch nicht voll ausgereiften Forschungsperspektive soll hier ein Sample von AfD Wählenden aus dem Sozioökonomischen Panel analysiert werden. Das Potential, das eine derartige Analyse von Mikrodaten für eine Sozialforschung bietet, soll genauso dargestellt werden, wie erste Ansätze einer Methode, mit der die komplexen Lebensverläufe der im SOEP befragten AfD-Wählenden zu Aussagen verdichtet werden können. Zentral ist hierbei zunächst, Methoden zum Datenhandling und zur „quasi-qualitativen“ Analyse darzustellen. Danach sollen die Struktur und die Potentiale einer mit eher dichotomen Gruppenkonstruktionen und auf Grundlage hypothesentestender Verfahren argumentierender Positionen in einer aktuellen Debatte hinsichtlich der Wählerstruktur der AfD-dargestellt werden. Diese werden dann mit den Ergebnissen der „Quasi-qualitativen“ Analyse verglichen.

Mikrodaten zwischen quantitativer und qualitativer Sozialforschung

Mikrodaten¹ verfügen über eine Vielzahl von für wissenschaftliche Arbeiten relevanten Informationen. Je nach Fragestellung ist ein unterschiedlicher Umgang mit der Komplexität von

¹ Damit sind Datensätze wie beispielsweise das Sozioökonomische Panel (SOEP) gemeint, die auf standardisierten Umfragen basieren, in Panelstruktur vorliegen und neben Individualinformationen auch die Haushaltsumgebung berücksichtigen.

Mikrodatensätzen sinnvoll. Quantitative Sozialforschung operiert hier typischerweise mit einer stärkeren Aggregation von Informationen, um beispielsweise Theorien größerer Reichweite empirisch zu belegen oder repräsentative Aussagen über Phänomene wie Armut, Reichtum, Arbeitslosigkeit oder Wahlverhalten in Nationalstaaten - und über diese hinaus - treffen zu können. Je nach Forschungsprogramm spielen hier aber auch feinere Unterschiede eine Rolle, wenn beispielsweise Armutsphänomene vor dem Hintergrund ihrer Einbindung in Lebensverläufe thematisiert werden, oder das Wahlverhalten unterschiedlicher sozialer Gruppen in den Blick genommen werden soll (Weischer 2018: 8).

Je weniger Mikrodaten vor der Analyse aggregiert werden², umso größer ist die Komplexitätsgrad der zu bewältigenden Informationen, was zu anderen Beobachtungen, Fragestellungen und Zielen der Forschung führt. Beobachtet man beispielsweise Einstellungsfragen zu Themen wie Migration oder Kriminalität auf Fallebene und im Zeitverlauf, wird deutlich, wie stark diese in relativ kurzer Zeit schwanken können. Auch zeigt eine fallbezogene Beobachtung von Parteipräferenzen, oder Links-Rechts-Selbsteinstufungen oft eine erstaunlich höhere Varianz, als es stärker aggregierte Perspektiven vermuten lassen. Hinter Positionszuschreibungen in Form von Klassen- oder Schichtmodellen verbergen sich eine Vielzahl von Binnendifferenzierungen, die unter Berücksichtigung der oft komplexen Ausbildungs- und Erwerbsbiographien, wechselnden Haushaltsumgebungen, intergenerationalen Vernetzungen aber auch Selbstzuschreibungen der Protagonisten deutlich werden. Vor diesem Hintergrund kann die reine Beobachtung von einzelnen Fallverläufen für Erhebungsprobleme empirischer Forschungspraxis sensibilisieren aber auch zu neuen Fragestellungen führen.

Besteht der Anspruch, diese Vielzahl von Informationen im Rahmen einer Analyse möglichst umfangreich abzubilden, ergeben sich für Forschende zunächst methodische Fragen. Mithilfe klassischer quantitativer Analysemethoden gelingt es weniger, diese Heterogenität auf Fallebene, aber auch die aus dieser Heterogenität entstehende Differenzierung zwischen Fällen, in einer Weise darzustellen, die dem Informationsgehalt der Datenlage gerecht wird und gleichzeitig zu nachvollziehbaren und übersichtlichen Ordnungen führt. Auf der anderen Seite eignen sich Fälle, die in Form von Mikrodaten vorliegen nicht für eine konsequente und umfassende Analyse mit qualitativen Methoden, da diese in ihrem Erkenntnisinteresse auf die Analyse von Phänomenen ausgelegt sind, die sich mit standardisierten Umfragen nicht greifen lassen, weil hier zum Beispiel subjektive Sinnstrukturen oder die Bedeutung von Handlungen herausgestellt werden sollen.

Dennoch bietet die „Arbeitsweise“ qualitativer Methoden einige Potentiale für die Analyse von Mikrodatensätzen, da es sich hier um Instrumente handelt, die auf die Strukturierung nichtaggregierter und sehr komplexer Daten ausgelegt sind. Hier findet eine Analyse in Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Informationen im Datenmaterial statt, wenn zum Beispiel Codierungen vorgenommen oder Typen gebildet werden, dabei aber Vorannahmen über den Datensatz selbst eine untergeordnete Rolle spielen sollen.³

² Eine vollzogene Aggregation meint hier zum Beispiel Mittelwertbildungen, grobkörnige Gruppenkonzepte aber auch wenn der „Bauplan“ eines Datensatzes, wie beispielsweise eine Panelstruktur, nicht systematisch berücksichtigt werden.

³ Ansätze, die man so als Quasi-Qualitative Analyse bezeichnen könnte sind unter anderem die Anwendung der Grounded Theory auf Befragungsdaten ("Quantitative Grounded Theory") (Glaser 2008), sowie eine Darstellung und Analyse von Mikrodaten im Rahmen von Fallgeschichten, Fallstudien oder Fallbeschreibungen. Eine solche Quasi-Qualitative Analyse quantitativer Mikrodaten lässt sich bei Andreß (1999: 207 ff.) in Form von Fallstudien im SOEP finden. Ebenfalls mit dem SOEP arbeitet Lutz Raphael (2017; 59 ff.). Thematisiert aber in Richtung der Notwendigkeit qualitativer Forschungsperspektiven aufgelöst wird eine weitreichendere Interpretation von Mikrodaten auch von Erzberger (2001: 169 ff.).

Datenhandling im Kontext einer Quasi-Qualitativen Analyse

Um Instrumente qualitativer Forschungsmethoden auf quantitative Mikrodaten anzuwenden, ist es zuerst wichtig, die Komplexität der in einem Fall enthaltenen Informationen für Forschende handhabbar zu machen. Der erste Schritt stellt eine Selektion von potentiell relevanten Variablen dar. Dies geschieht im Rahmen einer quantitativen Analyse klassischerweise mit Hilfe von Codebüchern. Möchte man auf Fallebene relevante Variablen identifizieren, bietet sich auch die fallbezogene Umcodierung in einen Text an.

Wenn zum Beispiel das Themenfeld der Erwerbsarbeit umfangreich abgefragt wurde, liegen diese Informationen in Form einer Vielzahl von Variablen vor, die mitunter im Datensatz „verstreut“ sind. Mit Hilfe eines solchen Textes können unterschiedliche Informationen aus dem Themenfeld der Erwerbsarbeit, wie die jährlich erhobene Stellung im Beruf, Betriebsgrößen, Branchen, Retrospektivfragen, Informationen über weitere Haushaltsmitglieder, aber auch Deutungen der Befragten beispielsweise hinsichtlich Belastungen am Arbeitsplatz oder das Verhältnis zu Vorgesetzten gesammelt und geordnet dargestellt werden. So ergibt sich ein erster Überblick über

1 Ich bin seit 8 Jahren Rentner. In meinem letzten Beruf war ich Facharbeiter. Ich war im
2 handwerklich-technischen Bereich, also konkret als LKW-Fahrer tätig. Mein Beruf erforderte
3 eine Ausbildung. Ich bin 70 Jahre alt und habe die deutsche Staatsbürgerschaft.
4 Ich wurde auch in Deutschland geboren.
[...]
18 Ich fühlte mich in der schulischen Ausbildung weder
20 wegen meines Geschlechts noch wegen meiner sozialen Herkunft benachteiligt. Die
21 schulische Ausbildung hat mir in keiner Weise neue Welten erschlossen.
[...]
46 Eher fremd fühle ich mich in einem migrantisch geprägten Stadtteil. Ich bin eher nicht
47 neugierig darauf, Personen aus anderen Kulturen kennen zu lernen.
[...]
52 Ich stimme voll zu: Die kulturellen Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern sind zu
53 groß
57 Ich würde, wenn ich mich politisch einordnen müsste, sehr weit rechts einordnen. Ich wähle
58 die AfD.

Abbildung 1: Auszug aus einem in Textform umcodierten, ursprünglich numerisch vorliegenden Fall. Datenquelle: Erhebung „Soziale Ungleichheit im Kontext von Arbeits- und Lebensbedingungen“ am Institut für Soziologie, Münster.

die „Geschichte“ eines Falles und darin relevante Themenkomplexe. Diese müssen in einem nächsten Schritt für eine Analyse zugänglich gemacht werden. Zu diesem Zweck werden die Fälle visuell aufbereitet, sodass die relevanten Fallinformationen vollständig einsehbar sind. Dies kann zum Beispiel in Form von Individual- oder Haushaltsdatenblättern erfolgen.⁴

Haushaltsdatenblätter sind hilfreich, um grundsätzliche Informationen auf Haushaltsebene zugänglich zu machen. Auf diese Weise sind Entwicklungen in der Haushaltsgröße und -struktur, sowie das Alter und Geschlecht der Haushaltsmitglieder im Zeitverlauf einsehbar. Das Sozioökonomische Panel ist so konstruiert, dass Personen auch nach Ausscheiden aus dem Ursprungshaushalt weiter befragt werden. Gründet eine Person beispielsweise nach einem Auszug aus dem Elternhaus einen eigenen Haushalt, werden eventuell dort wohnende Partner und Kinder ebenfalls erhoben. Individualdatenblätter zeigen die Ausprägungen der für die Untersuchung relevanten Themenbereiche.⁵ So ergeben sich mitunter sehr komplexe Untersuchungseinheiten mit denen sich die Geschehnisse in Haushalten über mehrere Generationen nachvollziehen lassen.

Methoden einer Quasi-Quantitativen Analyse

Bei der Quasi-Quantitativen Analyse geht es, in Anlehnung an die Vorgehensweise der Grounded Theory und unter der Prämisse „All is Data“, um die Auseinandersetzung mit dem Datenmaterial, sowie die Entwicklung neuer Forschungsfragen und zunehmend verdichteter Konzepte über einen Untersuchungsgegenstand (Weischer 2018: 6 f.). Die Individual- und Haushaltsdatenblätter können auf zentrale Merkmale vor dem Hintergrund einer Fragestellung untersucht werden. Dazu

eignen sich in einem ersten Schritt Forschungsnotizen, bei denen Phänomene die als relevant erachtet werden, von Forschenden beispielsweise tabellarisch dargestellt oder in Textform notiert werden können. Hierbei ist zentral, dass der Datensatz nicht, wie es beispielsweise bei hypothesenprüfenden Verfahren der Fall ist, entlang von Indikatoren und hinsichtlich der Angemessenheit einer (theoriegeleiteten) Hypothese „durchgeprüft“ wird. Auch soll auf eine a-priori getätigte Konstruktion soziologischer Großgruppenkonzepte wie Klasse, Schichte, Milieus, die dann ebenfalls anhand von Indikatoren im Datensatz dargestellt werden, verzichtet werden. Dabei soll die Angemessenheit von hypothesenprüfenden Verfahren oder Großgruppenkonstrukten für Erkenntnisprozesse hier nicht in Frage stehen, sondern es geht bei der Quasi-Quantitativen Analyse quantitativer Mikrodaten eher um eine andere „Arbeitsweise“ von Sozialforschung. Der Fokus auf Einzelfälle erlaubt es, entlang von Ähnlichkeiten und Unterschieden auf Fallebene verschiedene Falltypen zu bilden, unter denen sich Einzelfälle zusammenfassen lassen. Dabei spielt in gewisser Hinsicht auch eine ständige (Re-)konstruktion von Fällen im Forschungsprozess, eine im Rahmen qualitativer Forschung als „casing“ bezeichnete Praxis, eine Rolle (Wagenknecht/Pflüger 2018). Auch lassen sich fallübergreifende und generalisierende Beobachtungen ableiten, bei denen insbesondere feine Unterschiede und Details zum Tragen kommen, die aus einer rein deduktiv vorgehenden Perspektive schnell verloren gehen können (Weischer 2018: 2 f.).

⁴ Sowohl die Maske für die Umcodierung in Textform, als auch die Maske für das Erstellen von Haushalts- und Individualdatenblättern wurden mit Microsoft Excel durch Prof. Christoph Weischer programmiert und somit automatisiert.

⁵ Vgl.: Anhang Abbildung A1 und Abbildung A2. Sowohl Haushaltsdatenblätter als auch Individualdatenblätter wurden für diese Publikation anonymisiert, indem jegliche Ausprägungen identifizierender Variablen wie Case-IDs oder HaushaltsIDs für die Darstellung entfernt wurden.

Großgruppenkonzepte und Theoriefragen kommen dann eher posteriori bei der Deutung der im Datensatz vorgefundenen Typen zum Einsatz. Ein Beispiel dafür wären Phänomene, die sich zwischen Haushaltsmitgliedern erkennen lassen, wenn also die Links-rechts-Selbsteinstufung bei Haushaltsvorstand und Partner in ähnlicher Weise schwankt, oder wenn Kinder die gleichen Parteien wie ihre Eltern wählen. Ein weiteres Beispiel sind Mobilitätsprozesse bis hin zu Migrationsbewegungen und die damit einhergehenden beispielsweise ökonomischen aber auch weltanschaulichen Veränderungen in Haushalten. Weiterhin können auch Phänomene geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in Haushalten beobachtet und untersucht werden; daneben können auch Fälle dann Schicht- oder Klassenkonzepten zugeordnet werden.

Aufgrund potentiell unterschiedlicher Lesarten sind Gruppendiskussionen mit weiteren Forschenden ein zentraler Bestandteil der Quasi-Qualitativen Analyse quantitativer Mikrodaten. Lesarten werden hier im Rahmen kommunikativer Prozesse, die in Teilen bewusst improvisatorisch gehalten sein sollen gebildet und konturiert, evaluiert oder verworfen (Kurt 2001: 75 ff.) Am Ende steht dann zum Beispiel eine intersubjektiv anerkannte Beschreibung einer Untersuchungseinheit mit spezifischen Elementen, die von zentraler Bedeutung sind (Zur Qualitätssicherung qualitativer Forschung Weischer, C./Gehrau, V. 2017: 55 ff.).

Struktur und Potentiale der soziologischen Debatte über die Ursachen der Wahl der „Alternative für Deutschland“

Bei der Debatte um die Frage, warum Menschen die AfD wählen, hat sich gerade in der jüngeren Forschung, im Anschluss an Habermas' Theorie des Spätkapitalismus, eine Modernitätskritik

herausgebildet, die die Zunahme der Wahl rechtspopulistischer Parteien als Ausdruck von Verteilungs-, Identitäts- und Repräsentationskrisen versteht (Decker 2018: 357 f.).

Dieser Beitrag nimmt besonders Bezug auf eine recht aktuelle Debatte, die in der Zeitschrift für Soziologie und der Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie stattgefunden hat. Die sich hier äußernden Forschenden suchen vor allem auf Grundlage hypothesenprüfender Verfahren nach Hinweisen für die Ursachen des Aufschwungs der sogenannten „Alternative für Deutschland“. Dabei haben sich verschiedene Erklärungsansätze herausgebildet, die allesamt in der Wahl eine spezifische Reaktion auf Globalisierungs-, Modernisierungs- und Ökonomisierungsprozesse sehen. Hierbei wurden beispielsweise die jüngeren Erhebungswellen des Sozioökonomischen Panels, aber auch andere Datensätze wie der ALLBUS verwendet und die verschiedenen Hypothesen mit multivariaten Verfahren geprüft. Aus dieser Konstellation hat sich eine Debatte entwickelt, bei der auf der einen Seite eine Modernisierungsverliererthese steht und auf der anderen Seite die These einer kulturellen Gegenreaktion als Ursache für die Wahl der Alternative für Deutschland gestärkt wird.⁶

Die Modernisierungsverliererthese sieht ökonomisch schlechter gestellte Personen als vorwiegendes Wählerklientel der Partei. Dahinter steht die Auffassung, dass ökonomische Benachteiligung eine direkte Folge von Globalisierung und Strukturwandel ist; zudem haben sich die Bedingungen unter denen Arbeitslosigkeit durch die Betroffenen

⁶ Rippl/Seipel (2018); Lux (2018); Tutic/von Hagen (2018) sind der Ansicht, dass vor allem sozial schwache die Alternative für Deutschland wählen, während Lengfeld (2017), Lengfeld (2018) und Lengfeld, H./Dilger, C. (2018) eher die Ablehnung der Zugewanderten als Träger bestimmter „Kulturen“ als zentrale Ursache für die Wahl der AfD sehen.

erlebt wird, mit einem Rückbau sozialstaatlicher Leistungen verschärft. Man geht davon aus, dass wählende der AfD sich in ihrer prekären sozialen Lage durch die etablierten Parteien nicht ausreichend repräsentiert fühlen. Auch wenn die AfD keineswegs über ein starkes sozialpolitisches Profil verfügt, stellt sich die Partei gegen eine weitere internationale Öffnung. In diesem Zusammenhang wird die AfD für sozial benachteiligte Personen interessant, die durch eine Migration nach Deutschland eine sich verschärfende Konkurrenz um Jobs oder Sozialleistungen befürchten.

Die These einer kulturellen Gegenreaktion („cultural backlash“) sieht die soziale Lage der Wählenden selbst nicht als Ursache für die Hinwendung zur „Alternative für Deutschland“. Hier werden vielmehr mit der Globalisierung zusammenhängende kulturelle Wandungsprozesse in Richtung einer toleranteren und diverseren Gesellschaft konstatiert, die eine Art Gegenreaktion in vielen Teilen der Bevölkerung auslösen. Personen, die die AfD wählen, fühlen sich durch die Globalisierung in ihrer kulturellen Identität bedroht, was eher abwehrende Reflexe nationaler und rechtskonservativer Art provoziert. Dies gilt insbesondere für die sogenannte „gesellschaftliche Mitte“. Gerade um die Frage, ob es sich bei Wählenden der AfD um Modernisierungsverlierer handelt, oder ob man es mit einem cultural-backlash zu tun hat, hat sich in der jüngeren Forschung eine kontroverse Diskussion entwickelt, bei der durch die beteiligten Akteure auf Grundlage hypotheseentestender Verfahren eine eindeutige Position zu einer der Erklärungen bevorzugt wird.

Beobachtung, Erfahrungen und Ergebnisse im Rahmen einer „quasi-qualitativen“ Analyse von AfD-Wählenden

Ein Blick in die aus den Daten des Sozioökonomischen Panels erstellten Haushalts- und Individualdatenblätter der AfD-Wählenden zeigt, wie dynamisch die Lebensverläufe aus einer Ungleichheitsperspektive sind, wieviel im Leben der Befragten Personen „passiert“ und wieviel davon, bei einer ausreichenden Menge an gewählten Variablen, auf Fallebene sichtbar ist. Personen wechseln den Haushalt, wenn sie zum Beispiel aus dem Elternhaus ausziehen, sich scheiden lassen, sich verlieben, heiraten, oder an einem anderen Ort leben. Sie leben alleine oder in Gemeinschaft mit anderen. Arbeitsstellen werden gewechselt, Bildungsstrategien verfolgt, Auf- oder Abstiege in Organisationen erlebt und wechselnde Arbeitseinkommen erwirtschaftet. Bei Arbeitslosigkeit werden Transferleistungen bezogen oder auf innerhaushaltliche Unterstützung gesetzt. Häuser werden gebaut, Mietwohnungen bezogen, Vermögen entsteht, Schulden werden aufgenommen und wieder getilgt. Kinder werden geboren, Personen gehen in Rente oder Pension, Krankheiten werden erlebt und überlebt, Haushaltsmitglieder versterben.

Es stellt sich zunächst ein „Enttypisierungsschock“ (Niethammer 1985: 411) ein, wenn strukturierende Begriffe hinsichtlich der sozialen Lage von Personen (wie beispielsweise „Armut“, „Reichtum“ oder „Klasse“) in Auseinandersetzung mit den komplexen Lebensläufen, eher als grobe Richtungen einer Einordnung der sozialen Position der Betroffenen fungieren können.

Soziale Lagen im Lebenslauf und Haushaltskontext

Tabelle 1 zeigt eine Auswahl der Variablen, mit deren Hilfe die soziale Lage der Personen aus einer Lebensverlaufsperspektive modelliert wurde. Diese finden sich auch in den Individualdatenblättern im Anhang. Zentral ist hier insbesondere, dass auch auf ungleichheitsrelevante Dimensionen abgestellt wird, die aus einer querschnittlichen und von Einzelvariablen geprägten Perspektive nicht sichtbar werden können, die aber durchaus für die Einordnung der sozialen Position von Personen von Bedeutung sind. Daneben ist auch die Haushaltsumgebung wichtig. Verschiedene Lebensläufe kumulieren auf Haushaltsebene zu

sozialen Lagen, wenn Personen als Träger verschiedene sozialer Positionen zum Beispiel in der Erwerbsarbeit oder im Bildungssystem in einem Haushalt wohnen. Dies kann den Stellenwert bestehender sozialer Positionen auf Individualebene verändern, indem benachteiligte Lagen durch den Haushaltskontext kompensiert oder erst hervorgerufen werden (Weischer: 2014). Aus dieser Perspektive wurde versucht eine „summarische“ Aussage über die soziale Lage von Wählerinnen und Wählern der Alternative für Deutschland zu treffen, die Variationen der sozialen Position im Zeitverlauf genauso berücksichtigt, wie beispielsweise alternierende Vermögensverhältnisse oder wechselnde Haushaltsumgebungen.

Themenbereiche und Indikatoren	Variablenname (Datensatz)
Arbeit (Individualebene)	
Stellung im Beruf	PGSTIB (PGEN)
Beruf	PGISCED97 (PGEN)
Branche	NACE, NACE2 (PGEN)
Arbeitsstunden	E11101 (PEQUIV)
Bruttostundenlöhne	I11110, E11101 (PEQUIV)
Dauer von Arbeitslosigkeit im Lebenslauf	PGLFS (PGEN)
Dauer und Erfahrungen mit Teilzeittätigkeiten im Lebensverlauf	E11103 (PEQUIV)
Wohnen und Vermögen (Haushaltsebene)	
Einkommen aus Vermögen	I11104 (PEQUIV)
Wohnen zur Miete oder Eigentum	HGOWNER (HGEN)
Schulden, Tilgungszahlungen etc.	HLF0088_H (HL)
Vermögen, Schulden	Diverse Variablen aus folgenden Datensätzen: EV (1988) HWEALTCH (2002, 2007, 2012)
Haushaltsumgebung und Struktur (Haushaltsebene)	
Relatives Haushaltsnettoeinkommen	I11102 (PEQUIV) - Bedarfsgewichtet
Haushaltstyp	PGPARTZ (PEQUIV), D11107 (PEQUIV)
Geschlecht	D11102LL (PEQUIV)

Tabelle 1: Auswahl der Variablen, mit deren Hilfe die soziale Lage von Personen und Haushalten im Zeitverlauf beobachtet werden kann.

Auf Grundlage der Methodik einer quasi-qualitativen Analyse quantitativer Mikrodaten wurde bei der Analyse der im Lebensverlauf eingenommenen sozialen Lagen deutlich, dass die AfD Wählende des Samples in vielen Fällen (27 Fälle) in dauerhaft vergleichsweise gesicherten und stabilen sozialen Lagen leben. Damit sind Haushalte gemeint in denen die Mitglieder, über Vermögen und/oder ein Eigenheim, stabile Erwerbsbedingungen und dauerhafte Einkünfte jenseits der Armuts- oder Prekaritätsgrenze verfügen. Daneben haben wir es auch mit Haushalten zu tun, die prägende Armuts- und Prekaritätserfahrungen im Lebensverlauf machen (13 Fälle) und sich längerfristig oder regelmäßig in einer sozialen Lage befinden, die in Armut oder nahe der Armut liegt. Diese Haushalte verfügen über wenig bis kein Vermögen und leben zur Miete. Sie haben Erfahrungen mit krisenhaften Ereignissen wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit und Scheidungen. Zentral ist, dass diese Haushalte die Folgen krisenhafter Ereignisse in ihrer ökonomischen Lage zu spüren bekommen, während es eher stabilen sozialen Lagen gelingt, diese abzufedern, oder es werden vergleichsweise wenig krisenhafte Ereignisse erlebt.

Politische Positionierungen auf Individual- und Haushaltsebene

Die meisten der untersuchten Haushalte (20) sind durch eine deutliche Parteineigung zu den Volksparteien geprägt. Wir haben es hier mit vielen Stammwählenden zu tun, die mitunter seit Jahrzehnten der CDU oder der SPD zugeneigt sind. Diese Haushalte sind bezüglich ihrer Wahlentscheidungen, gerade auch unter der Beobachtung längerer Zeiträume, erstaunlich homogen: Viele Mitglieder wählen die gleiche Volkspartei. Eine Wahl der „Alternative für Deutschland“ erfolgt in diesem Umfeld nur in einzelnen Jahren und durch Einzelpersonen, während andere Haushaltsglieder ihren Volksparteien die Treue halten.

Haushalte in denen die AfD gewählt wird, sind in Teilen auch einem einschlägig rechten Parteien- und Meinungsspektrum zuzuordnen (9). Hier ist die Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts Skala sehr weit rechts, zudem wurden in der Vergangenheit systematisch rechte Parteien wie die NPD gewählt. Dabei ist wichtig, dass die AfD erst seit 2015, also im Kontext der Schärfung eines rechtspopulistischen Profils, auch verstärkt rechte Wählergruppen anzieht, die sich mittlerweile durch eine „Alternative für Deutschland“ wirkungsvoller vertreten fühlen, als durch andere rechte Parteien. Ein Großteil der Wählenden, die die „Alternative für Deutschland“ bevorzugen und aus einem stark rechten Milieu stammen, wählen die Partei schon länger. Hier haben wir es zudem mit vielschichtigen Koordinationsprozessen innerhalb von Haushalten zu tun, wenn also Haushaltsvorstand und Partner zum gleichen Zeitpunkt die gleichen Parteien wählen, oder wenn Parteineigungen der Eltern ebenfalls von den Kindern vertreten werden.

Daneben haben wir es mit Hinweisen auf weitere Typen der politischen Positionierung zu tun, die sich jedoch aufgrund der geringen Fallzahl nicht zur vollständigen Typenbildung eignen. In einem Teil der Haushalte in denen die „Alternative für Deutschland“ gewählt wird wurde vorher die Partei „Die Linke“ gewählt. Die Personen die dies tun, bezeichnen sich selber auch als stark links. Zudem haben wir es mit sehr unregelmäßigen und unsteten Parteineigungen auf Individualebene zu tun, die meistens zwischen dem rechten oder linken Rand schwanken. Dies könnte ein Hinweis auf eine Gruppe der Protestwählenden sein.

Fazit

Bei der Analyse von Mikrodaten sind Forschende zunächst mit einem Komplexitätsproblem konfrontiert. Gerade Mikrodatensätze verfügen über eine Vielzahl von Variablen, die oft in Panelstruktur vorliegen und mit denen Themenbereiche sehr erschöpfend abgefragt werden. Die Aggregation von Daten im Rahmen eines Analyseprozesses ist eine Möglichkeit, auf dieses Komplexitätsproblem zu reagieren. Dabei sind Aggregationen in der quantitativen Sozialforschung insbesondere Ausdruck von Vorüberlegungen der Forschenden vor deren Hintergrund beispielsweise eher grobkörnige Gruppenzuordnungen wie Klassen- oder Schichtzugehörigkeiten im Datensatz vollzogen werden. Oft gehen dabei feine Unterschiede zugunsten vergleichsweise eindeutiger Erklärungen verloren. Dies kann je nach forschungspraktischen Erwägungen, Argumentationen oder Fragestellungen wünschenswert sein.

Die Frage benachteiligter soziale Position spielt in der Forschung zur Alternative für Deutschland immer wieder eine zentrale Rolle, wird jedoch gerade in hypothesenprüfenden Forschungsprogrammen selten unter Berücksichtigung der so wichtigen Haushaltsumgebung aber auch weiterer Faktoren wie Vermögen oder der (Erwerbs)biographie operationalisiert. Mit der quasi-qualitativen Analyse können soziale Positionen als komplexe Geschichten verstanden werden, bei denen eine Vielzahl von Faktoren in der Biographie der Befragten beobachtet werden können. Dies lenkt den Blick auf andere Fragestellungen hinsichtlich der Wählerstruktur der „Alternative für Deutschland“.

Die Analyse konnte zeigen, dass im Sample der AfD Wählenden vor allem eher stabile ökonomische Lagen vertreten sind; daneben existieren aber auch eine Vielzahl prekärer und instabiler sozialer Lagen, die man im weitesten Sinne als „Modernisierungsverlierer“ interpretieren könnte. Wählende

von Volksparteien haben eine erstaunlich „Treue“ zur SPD oder CDU, die nur durch einige Haushaltsmitglieder mit der Wahl der „Alternative für Deutschland“ unterbrochen wird. Im eher konservativ geprägten, bürgerlichen Umfeld, wird die Wahl der Alternative für Deutschland zwar zaghafte vollzogen, aber zunehmend wahrscheinlicher. Ähnliches, aber in abgeschwächter Form gilt auch für Wähler_innen, die sich über einen längeren Zeitraum der Partei „die Linke“ zugehörig fühlten. Hier lassen sich gelegentlich Protestwahlen und ein starkes Schwanken zwischen linken und rechten Parteien beobachten.

Im klassisch rechten Spektrum, welches nicht unwesentlich im Sample vertreten ist, ist die Wahl der „Alternative für Deutschland“ wesentlich stärker durch innerhaushaltliche Koordinierungsprozesse geprägt. Eine Vielzahl der Haushaltsmitglieder – auch die Kinder – vollziehen hier den Wechsel von extremen rechten Parteien zur „Alternative für Deutschland“. Die Quasi-Qualitative Analyse quantitativer Mikrodaten zeigt, dass wir es auch mit spezifischen innerhaushaltlichen Koordinierungsprozessen zu tun haben, die für die Wahl der sogenannten „Alternative für Deutschland“ eine entscheidende Rolle spielen.

Die beobachteten Phänomene zeigen, dass in Auseinandersetzung mit den vorliegenden Rohdaten zentrale fallübergreifende Strukturmerkmale identifiziert werden können. Dabei ist es besonders von Bedeutung, den Stellenwert von Unregelmäßigkeiten und feinen Unterschieden, die sich aus der fallweisen Betrachtung und der Komplexität von Informationen ergeben, zu klären. So lassen sich durchaus detaillierte Einblicke in die Wählerstruktur der Alternative für Deutschland gewinnen, die als eine Ergänzung zu stärker aggregierten Perspektiven verstanden werden können.

Literatur

- Andrefß, H.-J. (1999): *Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Decker, F. (2018): „Was ist Rechtspopulismus?“, In: *Politische Vierteljahresschrift*, Volume 59, Issue 2, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 353-369.
- Erzberger, C. (2001): *Über die Notwendigkeit qualitativer Forschung: Das Beispiel der Alleinerziehungszeiten in quantitativen Daten*. In: Kluge/ Kelle [Hrsg.]: *Methodeninnovation in der Lebenslaufforschung. Integration qualitativer und quantitativer Verfahren in der Lebenslauf- und Biographieforschung*. Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 169-188.
- Glaser, B. (2008): *Doing quantitative grounded theory*. Mill Valley: Sociology Press.
- Kurt R. (2011): *Improvisation als Methode der empirischen Sozialforschung*. In: Schröer N./ Bidlo O. [Hrsg.] *Die Entdeckung des Neuen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 69 - 83.
- Lengfeld, H. (2018): *Der ‚Kleine Mann‘ und die AfD: Was steckt dahinter? Antwort an meine Kritiker*. KZfSS Ausgabe 70, Wiesbaden: Springer, 295-310.
- Lengfeld, H./Dilger, C. (2018): *Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der ‚Alternative für Deutschland‘ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016*, In: *ZfS Bd 47 (3)* Berlin: De Gruyter, 181- 99.
- Lengfeld, H. (2017): *Die Alternative für Deutschland: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?*, KZfSS Ausgabe 69, Wiesbaden: Springer, 209-232.
- Lux, T. (2018): *Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die ‚Alternative für Deutschland‘: eine Partei für Modernisierungsverlierer?*, In: KZfSS Ausgabe 70, Wiesbaden: Springer, 55-273.
- Niethammer, L. (1985): *Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History*. In: Niethammer/ von Plato [Hrsg.]: *„Wir kriegen jetzt andere Zeiten“*. Auf der Suche nach der Volkserfahrung in Nachfaschistischen Ländern. Berlin/Bonn: Dietz.
- Raphael, L. (2017): *Arbeitsbiografien und Strukturwandel „nach dem Boom“*, In: *Geschichte und Gesellschaft: Band 43, Ausgabe 1*, Göttingen: Vandhoeck und Rupbrecht, 32-67.
- Rippl, S./ Seipel, C. (2018): *Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?*, In: KZfSS Ausgabe 70, Wiesbaden: Springer, 237-254.
- Tutic, A./von Hagen, H. (2018): *Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz*, In: KZfSS Ausgabe 70, Wiesbaden: Springer, 275-294.
- Wagenknecht, S./ Plüger, J. (2018): *Making Cases: On the Processuality of Casings in Social Research*.
- Weischer, C. (2018): *Qu-Qu-Analyse. Arbeitspapier*. Institut für Soziologie: Münster.
- Weischer, C./Gehrau, V. (2017): *Die Beobachtung als Methode in der Soziologie*. München: UTB.
- Weischer, C. (2014): *Die Bedeutung von Haushalten für soziale Ungleichheiten, Schulz/ Wunderlich [Hrsg]: Lebenschancen vor Ort: Familie und Familienpolitik im Kontext*. Leverkusen: Barbara Budrich, 89-100.

